

AUSFÜHRLICHER BERICHT VOM 19. MAI 2008

DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZUM VERTRAG VON LISSABON ZUR
ÄNDERUNG DES VERTRAGS ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION UND DES VERTRAGS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT SOWIE DER
SCHLUSSAKTE, UNTERZEICHNET IN LISSABON AM 13. DEZEMBER 2007 DOKUMENT
126 (2007-2008) NR. 1

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf zur Zustimmung zum Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie der Schlussakte, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007 - Dokument 126 (2007-2008) Nr. 1. Nach der Berichterstattung wird Herr Ministerpräsident Lambertz den Dekretentwurf vorstellen. Für die anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen ist eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vorgesehen. Kein Einwand? Herr Dr. Meyer hat das Wort.

HERR DR. J. MEYER (aus dem Saal).-Ich werde mich natürlich dem Diktum des Präsidiums unterwerfen müssen, aber ich finde 15 Minuten sind erschreckend kurz für solch einen wesentlichen Bereich!

DER PRÄSIDENT.- Der Berichtersteller, Herr Palm, hat das Wort.

HERR PALM (vom Rednerpult).-Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren von Regierung und Parlament! Am 5. Mai befassten sich die Mitglieder des für europäische Angelegenheiten zuständigen Ausschusses I mit dem Dekretentwurf zur Zustimmung zum Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft - Dokument 126 (2007-2008) Nr. 1.

Die allgemeine Vorstellung des Lissabon-Vertrags wurde durch einen Regierungsvertreter und einen Experten des föderalen Außenministeriums vorgetragen. Anschließend fand die Diskussion im Ausschuss statt, der dann die Abstimmung folgte. Am selben Abend referierte Ex-Premierminister Jean-Luc Dehaene auf Einladung des Parlaments und des BRF über die Europäische Union nach Lissabon und ging eindrucksvoll und ausdrucksvoll auf die Publikumsfragen ein. Dieser Vortragsabend wurde abgerundet durch ein intensives Rundtischgespräch zwischen Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien.

Zur Vorstellung des Vorschlags. Der Vertreter des Außenministeriums begann seine Ausführungen mit einem kurzen Rückblick über die Entstehung des Vertrages von Lissabon, der weitgehend als Nachfolgevertrag des hinfällig gewordenen EU-Verfassungsvertragsentwurfs aus dem Jahre 2004 angesehen werden kann. Im Hauptteil seiner Vorstellung warf der föderale Beamte die Frage auf, inwiefern der nun vorliegende Vertragsentwurf die Europäische Union transparenter, demokratischer und effizienter gestalten wird. Was die Transparenz angeht, erklärte er, dass der Lissabon-Vertrag im Vergleich zum EU-Verfassungsvertragsentwurf an Klarheit verliere. Dies liegt daran, dass der

Lissabon-Vertrag nach herkömmlicher Manier die bestehenden Verträge abändert und nicht, wie ursprünglich vom Verfassungskonvent angestrebt, ein neues, übersichtliches Gesamtvertragswerk erstellt. Darüber hinaus verschwindet der Hinweis auf die Symbole der Europäischen Union, und der Vorrang des europäischen Rechts gegenüber der staatlichen Norm wird nicht mehr explizit erwähnt. Nichtsdestotrotz werden die wesentlichen Errungenschaften des EU-Verfassungskonvents im Lissabon-Vertrag bestehen bleiben.

♀

Bezüglich der Transparenz sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Ministerrat der Union künftig für seine gesetzgeberischen Aufgaben in öffentlichen Sitzungen tagt und dass die Unterscheidung zwischen Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft hinfällig wird. Auch wird die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen europäischer und staatlicher Ebene verdeutlicht. Dem Transparenzbestreben wird demnach nur teilweise Genüge geleistet. Was die wachsende Demokratisierung der Union angeht, kann hingegen von einem vollen Erfolg gesprochen werden, da im Lissabon-Vertrag die Verpflichtung verankert wird, dass die Charta der Grundrechte grundsätzlich bei der Umsetzung des EU-Rechts respektiert werden muss. Darüber hinaus sieht der Lissabon-Vertrag vor, dass die Union der europäischen Menschenrechtskonvention beitreten kann. Auch die Stärkung der parlamentarischen Befugnisse und besonders die weite Verbreitung des Mitentscheidungsverfahrens trägt wesentlich zur Demokratisierung der Europäischen Union bei.

Nicht nur die Institutionen der Europäischen Union werden durch den Vertrag demokratisiert, auch die Rolle der nationalen Parlamente gewinnt an Bedeutung. Diese erhalten durch eine Vorab-Subsidiaritätskontrolle die Möglichkeit mitzuentcheiden, auf welcher Ebene, europäisch oder lokal, gewisse Beschlüsse getroffen werden sollen.

Schlussendlich werden auch noch die Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofes und die partizipative Demokratie durch den Lissabon-Vertrag gestärkt. Die Union kann künftig noch effizienter arbeiten, da die auf Gleichberechtigung und Kollegialität ausgerichtete Gemeinschaftsmethode, die durch die EU-Kommission bestimmt wird, auch weiterhin angewandt werden muss. Dies setzt allerdings voraus, dass die Kommission sich aus einer übersichtlichen Anzahl Mitglieder zusammensetzt, sodass ab 2014 nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten gleichzeitig in der Kommission vertreten sein werden, wobei die Zusammensetzung im Turnus ändern wird. Auch die weitreichende Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten des Mehrheitsstimmrechts trägt dazu bei, dass die Union effizienter funktionieren kann.

Der Beamte des Außenministeriums ging anschließend noch auf weitere Neuerungen im Vergleich zum bestehenden EU-Recht ein. Hierbei handelte es sich unter anderem, um die Einführung des Mandats eines ständigen Präsidenten für den Europäischen Rat, um die Umbenennung

des Außenministers der Union in den Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, um die Möglichkeit, eine strukturierte Verteidigungspolitik einzuführen sowie um die Definition der Armutsbekämpfung als vorrangiges politisches Entwicklungsziel der Union. Der Beamte schloss seine Erläuterungen ab mit dem Hinweis, dass die Verwerfung des Vertragsentwurfs zur Folge hätte, dass der Nizza-Vertrag weit er Bestand behält e.

Als besondere Diskussionspunkte in der Ausschlusdiskussion erwiesen sich die Frage nach den besonderen Aspekten der Grenzregionen, die Demokratisierung der europäischen Institutionen, die weiten Politikbereiche, die durch qualifizierte Mehrheit geregelt werden können, und die europäische Verteidigungspolitik. Hierbei schien den meisten Ausschussmitgliedern klar, dass der Lissabon-Vertrag zwar nicht perfekt sei, aber dennoch eine gewaltige Verbesserung zum bestehenden europäischen Recht darstelle. Im Verlauf der angeregten Diskussion mahnten einige die Vertragskritiker an, man solle den Text nicht in einzelne Artikel zerpflücken, vielmehr solle man ihn als Gesamtregelwerk betrachten, welches sicherlich zu einer Modernisierung Europas beitrage. Diese Haltung bewog die stimmberechtigten Ausschussmitglieder schlussendlich auch zu einem einstimmigen Abstimmungsverhalten.

Zu den Abstimmungen: Der Ausschuss nahm den einzelnen Artikel sowie den Dekretentwurf in seiner Gesamtheit einstimmig mit je 5 Jastimmen an. Dem Berichterstatter wurde für den Vortrag des mündlichen Berichts einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen somit die Annahme des im Dokument 126 (2007-2008) Nr. 1 veröffentlichten Textes. Ich danke der Verwaltung für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Berichts und Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)

♀

DER PRÄSIDENT.- Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dr. J. Meyer hat das Wort.

HERR DR. J. MEYER (aus dem Saal).-Nur eine Bemerkung: Ich möchte festhalten, dass die Vivant-Fraktion ja nicht abstimmen darf, sonst hätten wir dagegen gestimmt.

DER PRÄSIDENT.- Gibt es weitere Bemerkungen zum Bericht? Das ist nicht der Fall. Die allgemeine Diskussion ist eröffnet. Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! „Europa steckt zweifellos in einer Krise. Diese ist übrigens nicht ganz neu und zum Teil auch hausgemacht. Viel zu lange haben Politiker aller Couleur in allen Staaten keine brauchbare oder unbrauchbare Gelegenheit ausgelassen, um Europa all das, was nicht klappt, in die Schuhe zu schieben. Dafür bezahlt Europa jetzt einen gewissen Preis.“

Meine Damen und Herren, diese Aussage habe ich in diesem Hause anlässlich der Diskussion über den Dekretentwurf zur Zustimmung zum Vertrag über eine Verfassung für Europa am 20. Juni 2005 getätigt. Damals befand sich Europa in einer tiefen Krise, nachdem der Verfassungsvertrag bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden, zwei Gründerstaaten, abgelehnt wurde.

Steckt Europa heute noch in einer Krise? Diese Frage ist keinesfalls rhetorisch und es bringt nichts, Augenwischerei zu betreiben. Auch der heute zur Diskussion stehende, am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnete Vertrag kann durch die Nicht-Ratifizierung in einem einzigen der mittlerweile 27 Mitgliedstaaten als gescheiterter Versuch in die Geschichte der europäischen Integration eingehen. Wir brauchen uns bloß die Diskussion in Irland vor Augen zu führen, um zu verstehen, wie real diese Gefahr ist. Wir brauchen uns nur die Argumente in dieser Diskussion anzuschauen, um zu sehen, wie nach dem gleichen Strickmuster wie vor einigen Jahren vorgegangen wird und wie die Gegner dieses Vertrages ganz bewusst falsche Informationen, ja sogar Lügen in die Welt setzen, wie sie den Text - im übertragenen Sinne - vergewaltigen und wie sie vor allem innenpolitische Aspekte in diese europapolitisch wichtige Entscheidung einbringen.

Vielleicht werden Historiker eines Tages in die Geschichtsbücher schreiben, dass aus eben solchen Gründen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten die so notwendige Fortentwicklung der Europäischen Union ins Stocken geraten und vielleicht sogar gescheitert ist.

Genau wie auf der Sitzung am 20. Juni 2005 gilt es auch heute, eine einzige wichtige und relevante Frage zu beantworten: Ist der vorliegende Text besser oder schlechter als die Situation, die besteht oder weiterbestehen würde, wenn es diesen Vertrag nicht gäbe? Das ist die einzig wirklich entscheidende Frage. Alles andere ist Rhetorik, Polemik, ja vielleicht sogar ehrenvolles Austauschen von Argumenten über eine noch bessere Welt. Es ist auf jeden Fall nichts, was auch nur annähernd mit Realpolitik zu tun haben könnte. Wer nämlich glaubt, man könnte diesen Prozess des schwierigen Verhandeln zwischen 27 Staaten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder anderswo in Europa nach Gutdünken, nach dem Prinzip „wir picken uns die Rosinen heraus“ oder nach eigenen Vorstellungen und Wünschen modellieren, der lebt nicht in dieser Welt.

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die heutige Plenarsitzung nutzen, um zum einen aus Sicht der Regierung die wichtigsten Errungenschaften des Lissabon-Vertrages noch einmal in Erinnerung zu rufen, und dabei möglichst wenig von dem wiederholen, was der Berichterstatter bereits sehr präzise vorgetragen hat. Zum anderen möchte ich auf das eingehen - das scheint mir noch wichtiger -, was Europa für die Deutschsprachige Gemeinschaft ganz konkret bedeutet, um auf diese Art und Weise die Diskussion von der abstrakten und theoretischen argumentativen Ebene auf die ganz konkrete Situation der Menschen, Einrichtungen und Institutionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu

bringen, wenn denn bei den Gegnern des Vertrags, die ja zum Glück in diesem Hause nur eine kleine Minderheit ausmachen, überhaupt wirkliche Diskussionsbereitschaft besteht.

♀

Es wurde gesagt, der Lissabon-Vertrag gleiche in vielen Elementen dem Verfassungsvertrag. Ein Vorteil dieses Verfassungsvertrages wäre gewesen, dass uns damit ein überschaubares, wenn auch komplexes Gesamtdokument vorgelegen hätte. Aber das ist Geschichte. Genauso wie es Geschichte ist, dass der Verfassungsvertrag das Ergebnis eines der interessantesten Prozesse war, die es je in der europäischen Geschichte gegeben hat, nämlich des Verfassungskonvents.

Nie vorher in der europäischen Geschichte ist es gelungen, eine so breite Diskussion über die Zukunft Europas zu führen und einen so umfangreichen Konsens zu erzielen. Es ist unsere Politikerpflicht, dafür zu sorgen, dass das, was davon jetzt noch übrig bleibt, auch wirklich in die Zukunft gerettet werden kann. Da haben wir als Deutschsprachige Gemeinschaft einen wenn auch bescheidenen, aber immerhin entscheidungsrelevanten Beitrag zu leisten. Denn Tatsache ist, dass Belgien ohne die Zustimmung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Vertrag nicht ratifizieren könnte und folglich die Verantwortung für das Scheitern dieses Prozesses übernehmen müsste.

Der Vertrag bringt im wesentlichen institutionelle Neuerungen mit sich. Sehr oft wird vergessen, dass die einzelnen Politikbereiche der Europapolitik im Vergleich zu dem, was schon in den Ursprungstexten oder in den Folgetexten niedergeschrieben ist, nur marginal verändert werden. Das gilt insbesondere für das Wettbewerbsrecht, das immer wieder von den Gegnern des Lissabon-Vertrags kritisiert wird, zum Teil übrigens durchaus zu Recht. Das Wettbewerbsrecht ist aber keine Neuerfindung des Lissabon-Vertrags, sondern eine der ureigensten Errungenschaften der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es ist übrigens der Verfassungsvertrag oder aber jetzt der Lissabon-Vertrag gewesen, die dafür sorgen, dass in den Zielsetzungen der Europäischen Union auch einige andere Dinge wie etwa die soziale Gerechtigkeit oder die Nachhaltigkeit einen viel besseren Platz finden, als es bisher der Fall war. Man muss allerdings zugeben, dass dies nicht mit derselben Konkretisierung und damit mit derselben rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeit geschieht, wie dies beim Wettbewerbsrecht der Fall ist. Aber genau das wollen viele Staaten eben nicht, weil sie speziell die Aspekte Soziales und Nachhaltigkeit weiterhin grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Staaten halten wollen.

Wichtig ist, dass der Lissabon-Vertrag all die Verbesserungen bringt, die nötig sind, damit eine Union von 27 Staaten wirklich funktionieren kann und nicht mehr auf die Regeln angewiesen ist, die man für eine Union von sechs Staaten erfunden hat. Selbst zwischen 15 und 27 Mitgliedstaaten besteht noch ein qualitativer Unterschied. Europa funktioniert derzeit noch immer nach den Regeln, die für ein Europa zu sechs erfunden worden sind.

Wenn wir wirklich wollen, dass Europa bei so entscheidenden Fragen wie dem demografischen Wandel, der Migration, dem Klimawandel, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der terroristischen Bedrohung eine bedeutende Rolle spielen und wirksam politische Inhalte ausarbeiten soll, dann brauchen wir diese Veränderung ebenso wie für ein effizientes Handeln bei Aspekten des Marktversagens, wie wir es etwa aufgrund der internationalen Finanzkrise in diesen Monaten erlebt haben und wo es auch ganz entscheidend auf die Schlagkraft Europas ankommt. Wer in allen diesen für die Zukunftsgestaltung zentralen Politikbereichen Fortschritte erzielen will, der muss für diesen Vertrag sein, es sei denn, er hat von der ganzen Sache überhaupt nichts verstanden oder aber er lebt in einer theoretischen Welt, in der man sich nur mit dem noch Besseren, dem noch Optimaleren auseinandersetzt und dafür sogar bereit ist, realpolitische Fortschritte auf wirklich dramatische Art und Weise zu sabotieren.

Die wichtigsten Verbesserungen wurden bereits genannt und ich werde nur einige wiederholen:
Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, bedeutende Stärkung des Europäischen Parlamentes, viel mehr Mehrheitsentscheidungen statt Entscheidungen nach dem Einstimmigkeitsprinzip, die Schaffung von Funktionen, die Europa viel sichtbarer machen, wie die des Präsidenten und des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik. Eine andere Verbesserung besteht darin, dass alle Beschlüsse der EU systematisch dem viel gerühmten Subsidiaritätsprinzip unterworfen werden. Dadurch erhalten alle nationalen Parlamente und auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit, eine Alarmglocke zu läuten, wenn sie glauben, dass sich Europa zu

♀

sehr in ihre Angelegenheiten einmischt. Das alles sind wichtige Verbesserungen, die in diesem Vertrag enthalten sind. Sie sind ganz entscheidend, wenn wir Europa funktionstüchtig halten oder, besser gesagt, funktionstüchtig machen wollen.

Denjenigen, die Europa für undemokratisch halten, möchte ich Folgendes mit auf den Weg geben:
Kritik ist die Lebensader jeder demokratischen Ordnung und in höchstem Maße legitim. Wer aber bewusst oder unbewusst Dinge falsch darstellt oder aber Dinge in sachlogisch fehlerhaft e Bedingungszusammenhänge setzt, schadet letztendlich der Qualität des politischen Diskurses und leistet auch keinen Beitrag zu seinen eigenen, möglicherweise durchaus berechtigten und begründeten Zielen.

Das absurdeste Beispiel war in diesem Zusammenhang die Verknüpfung im Jahre 2005 zwischen der Zustimmung zum Verfassungsvertrag und der Diskussion über die Dienstleistungsrichtlinie oder die EU-Osterweiterung. Diese Themen hatten mit dem Vertrag als solchem nichts zu tun, haben aber wesentlich dazu beigetragen, dass man die möglichen Verbesserungen damals nicht zustande gebracht hat. Man muss unterscheiden zwischen der Methode, wie Europa funktioniert, und dem, was es

inhaltlich beschließt. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Gerade bei den Gegnern des Verfassungsvertrags oder auch des Lissabon-Vertrags ist festzustellen, dass sie das immer systematisch und dazu auch noch ziemlich demagogisch vermischen.

Darüber hinaus muss man bei der Bewertung eines eventuellen, vermeintlichen Demokratiedefizits natürlich in Erinnerung rufen, dass Europa nicht wie ein Nationalstaat funktionieren kann und eine völlig andere Funktionslogik hat.

Zugegeben, diese Funktionsweise Europas ist nicht immer leicht zu verstehen. Aber eines ist ganz klar: Die EU-Kommission ist durchaus demokratisch legitimiert, sie ist aber nicht die Regierung der Europäischen Union, genauso wie wir in Europa eigentlich kein klassisches Verhältnis zwischen einem Parlament und einer Regierung haben. Sowohl die gesetzgebende Funktion als auch die Regierungsfunktion ist aufgeteilt zwischen drei Gremien - Parlament, Ministerrat und Kommission und ihr Zusammenspiel macht die spezifische Funktionsweise der Europäischen Union aus. Deshalb läuft die oft geäußerte Kritik an der Kommission, sie sei nicht genügend demokratisch legitimiert, am Thema vorbei.

Neben diesen Neuerungen an der Funktionsweise der EU scheint mir auch die Tatsache von ganz außerordentlicher Bedeutung, dass sich laut Lissabon-Vertrag die Europäische Charta der Grundrechte mit derselben Rechtsverbindlichkeit in das EU-Recht einreicht, wie dies für alle anderen Bestimmungen der Fall ist. Außerdem liefert der Lissabon-Vertrag der EU die Möglichkeit, der Menschenrechtskonvention des Europarates beizutreten. Das mag für uns alles sehr theoretisch klingen. Es ist aber für viele Menschen und für viele Lebensbereiche in Europa sehr wichtig, dass die Grundrechtestandards, die in unseren Ländern schon seit Langem allgemein verbindlich sind, für das gesamte Handeln in und von Europa definitiv gültig werden.

Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht weiter auf den Inhalt des Vertrages eingehen und den diesbezüglichen Standpunkt der Regierung nur vertiefen, wenn es sich aus der heutigen Diskussion heraus als wirklich notwendig erweist. Lassen sie mich im zweiten Teil meiner Ausführungen etwas über die Rolle Europas für unsere Deutschsprachige Gemeinschaft sagen. Ich möchte heute nicht auf das sehr wichtige Thema eingehen, wie wir uns als Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund der Besonderheit des belgischen Verfassungsrechts an der Gestaltung Europas beteiligen können und müssen. Ich habe dies anlässlich der Regierungserklärung zur Lage der Gemeinschaft im September 2006 etwas näher dargelegt, als es darum ging, die Außenbeziehungen der Gemeinschaft zu präzisieren. Im Detail kann man das auch in einer Ausgabe der Schriftenreihe des Ministeriums nachlesen.

♀

Ich möchte heute vielmehr darauf eingehen, was eigentlich für die Deutschsprachige Gemeinschaft konkret bei der europäischen Politik herauskommt. Um das zu verstehen, muss man

natürlich wissen,
dass Europa kein getrennter Akteur in der Politikgestaltung ist. Wir leben in einem Mehrebenensystem, in dem Europa, die Nationalstaaten, die Regionen mit Gesetzgebungshoheit, zu denen wir ja gehören, sowie die Kommunen jeweils eine spezifische Rolle wahrzunehmen haben. In diesem Kontext ist auch für die Politikgestaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Europa mittlerweile eine alltägliche Realität. Gerade deshalb ist ein möglichst gut funktionierendes System von ganz großer Bedeutung und brauchen wir den Lissabon-Vertrag dringlicher denn je.

Wenn man jetzt die Realität Europas hierzulande untersuchen will, kann man sich drei Themen vornehmen. Man kann sich das Europa des Rechts einmal anschauen und sehen, wie die Gestaltung unserer Rechtsordnung hierzulande von Europa beeinflusst wird. Man kann sich auch das Europa der Strukturfonds und der europäischen Förderprogramme anschauen, die eine ganz wesentliche Rolle bei unserer tagtäglichen Arbeit und bei der Umsetzung vieler Politikziele in der Gemeinschaft spielen. Und man kann letztlich darauf hinweisen, von welcher großer Bedeutung Europa für den Austausch auf allen Ebenen und damit auch für die so lebensnotwendige Offenheit und Öffnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach außen ist.

Europa ist zuallererst eine Rechtsgemeinschaft. Das Europarecht hat eine sehr hochrangige Stellung. Wer Details mag und gerne Probleme analysiert, dem rate ich an, das 80-seitige Gutachten des Staatsrates zum Lissabon-Vertrag zu lesen - ich setze mal voraus, dass jeder das gemacht hat. Bei dieser Lektüre stellt man fest, wie komplex das Thema des Vorrangs des europäischen Rechts sein kann. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist davon in vielfältiger Weise betroffen. Europäische Verordnungen gelten direkt auch im Gebiet deutscher Sprache. Es gibt hierzulande viele Lebensbereiche, die von europäischen Verordnungen geregelt werden. Daneben gibt es die zahlreichen Richtlinien, durch die Europa, zumindest in der Regel, nicht direkt anwendbares Recht festlegt, sondern Ziele vorgibt und die Nationalstaaten oder Regionen mit Gesetzgebungshoheit, wie beispielsweise die Deutschsprachige Gemeinschaft, verpflichtet, diese Ziele in die eigene Rechtsordnung umzusetzen.

Das ist eine Arbeit, die unser Handeln in wesentlichem Maße mitbestimmt. Sie bildet einen ständigen Punkt auf der Tagesordnung des Konzertierungsausschusses, wo jeden Monat mindestens einmal geprüft wird, welche Fortschritte die einzelnen Teilbereiche des belgischen Staates, der Föderalstaat einerseits und die Gemeinschaften und Regionen andererseits, bei der Umsetzung europäischer Richtlinien gemacht haben. Jedes Vernachlässigen fällt dir ekt auf. Es gibt ein Screening, ein Kontrollsystem. Und wir müssen uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon ganz schön anstrengen, um alles richtig mitzubekommen und effizient mitzuarbeiten, was wir im wesentlichen über unsere Mitarbeit in der ständigen Vertretung Belgiens bei der Europäischen Union erledigen.

Darüber hinaus kann man sicherlich sagen, dass viele europäische Richtlinien unnötige Vorgaben machen. Es gibt viele Bereiche, zu denen sich Europa die Frage stellen muss, ob es wirklich alles so detailliert regeln soll, wie es das tut. Aber es gibt auch sehr wichtige Politikbereiche, für die es europäische Vorgaben gibt, und darüber sollten wir alle sehr froh sein. Aber immer dann, wenn Dinge erfolgreich und positiv laufen, spricht üblicherweise niemand davon. Wenn man etwas als weniger gut empfindet, macht man natürlich sehr viel mehr Wirbel und Radau.

Beispiele für positiv umgesetzte Richtlinien in Belgien gibt es im Bereich der Gleichbehandlung der beiden Geschlechter, bei der Anerkennung von beruflichen Qualifikationen oder auch in Teilbereichen des Asyl- und Zuwanderungsrechts. Das alles sind sehr wichtige Dinge, bei denen wir ein konkretes Interesse daran haben, dass alle Länder in Europa ähnlich gelagerte Gesetzgebungen besitzen.

Das gilt auch für den Bereich der Medien und der Telekommunikation, wo unser Medienrecht sehr wesentlich von europäischen Vorgaben geprägt ist, die zahlreiche Chancen und Möglichkeiten enthalten. Das gilt natürlich in ganz besonderer Weise für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, mit der sich das Parlament in Zukunft noch intensiv beschäftigen muss. So weit zum Europa

♀

des Rechts und der Bedeutung, die ein gut funktionierendes Europa auch für unser tagtägliches Handeln in Parlament und Regierung hat.

Als zweites Thema habe ich eben die Strukturfonds und die europäischen Förderprogramme erwähnt. Spätestens bei diesem Kernthema ist es viel leichter, hellhörig zu werden, sowohl in diesem Hause als auch anderswo.

Die Strukturfonds und die Förderprogramme spielen in Europa eine ganz große Rolle, selbst in Regionen wie der unseren, wo wir es eher mit den reicheren Gebieten Europas zu tun haben. So ist etwa für die Bereiche der Beschäftigung, der beruflichen Weiterbildung, der Existenzgründung, der sozialen Integration und der Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den letzten Jahrzehnten vieles aufgebaut worden, was ohne die Zusatzfinanzierung des Europäischen Sozialfonds (ESF) nicht möglich gewesen wäre.

Während der Programmierungsperiode 2000-2006 kamen jährlich etwa 2.000 Personen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Genuss eines durch den ESF geförderten Angebots. In dieser Periode wurden insgesamt 26 Millionen EUR in 90 verschiedene Projekte investiert, davon ca. 11 Millionen EUR seitens der Europäischen Union.

Auch für die laufende Periode 2007-2013 konnte erreicht werden - das war übrigens alles andere als einfach, wenn ich mir das als Zwischenbemerkung erlauben darf -, dass der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein eigenes operationelles Programm zur Verfügung steht. Dieses verfügt über

Gesamtmittel in einer Höhe von 25 Millionen EUR, wovon etwa die Hälfte aus der EU-Kasse kommt.

Auch im Bereich der ländlichen Entwicklung wurde durch die Programme „LEADER“ und „LEADER+“ sowie über das jetzt neu anstehende Programm einiges an Perspektiven möglich. Im auslaufenden Programm konnten über die Aktionsgruppe „100 Dörfer - 1 Zukunft“ wichtige Initiativen und Projekte wie etwa das Holzkompetenzzentrum, das Tourismusprojekt „Wege in die Landschaft“ oder auch der „Eifel-Ardennen-Tisch“ gefördert werden. All diese Dinge sind für die Zukunftsentwicklung von ziemlicher Bedeutung. Wir kämpfen momentan gerade darum - ich werde morgen diesbezüglich einen Termin in Namür haben -, dass wir auch bei dem neuen „LEADER“-Programm wieder mit einer eigenen lokalen Aktionsgruppe gebührend vertreten sein werden, denn wir glauben, dass das begonnene Werk fortgesetzt werden muss. Dazu brauchen wir ein funktionierendes Europa.

Auch im Bereich des Unterrichtswesens, der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie des lebenslangen Lernens existiert in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine ganze Menge an europäischer Hilfe und Initiativen. Wir haben eine entsprechende Agentur geschaffen. Zahlreiche Programme mit so schönen Namen wie „Comenius“, „Erasmus“, „Grundtvig“, „Leonardo da Vinci“, „Eurydice“ und anderen Traumbegriffen tragen dazu bei, dass hierzulande einiges geschieht. Im Rahmen des Programms „Leonardo da Vinci“ haben in der letzten Periode 156 Schüler ein Auslandspraktikum absolviert. Diese Bilanz ist übrigens noch nicht endgültig abgeschlossen, weil wir die letzten Zahlen von 2007 noch nicht eingebaut haben. Im Rahmen von „Sokrates“ entstanden unter anderem 52 Schulpartnerschaften und wurden 40 Lehrerweiterbildungen gefördert.

Auch im Jugendbereich geschieht über die Agentur „Jugend in Aktion“ eine ganze Menge an europäischem Austausch. In der vorigen Programmperiode 2000-2006 wurden etwa 148 Projekte für insgesamt 964 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit fast allen anderen EU-Mitgliedstaaten verwirklicht. Ich denke, dass gerade für junge Menschen diese Möglichkeit des Austausches eine ganz wichtige Rolle für ihre persönliche und soziale Entwicklung spielt und dass wir das auf jeden Fall in Zukunft systematisch ausbauen sollten. All das ist aber wiederum nur möglich, wenn Europa nicht definitiv ins Stocken gerät.

Auch im Kultur- und Medienbereich gibt es Programme, die wir zum Teil schon nutzen, die wir aber in Zukunft vielleicht noch stärker nutzen können, als wir es bisher tun. Sich an europäischen Projekten

beteiligen ist jedoch keine einfache Sache. Gerade für eine kleine Gemeinschaft und für kleine Projektträger ist es manchmal schon eine große Herausforderung, überhaupt Anträge für die Teilnahme an europäischen Programmen zu stellen.

Das gilt ganz besonders für Bereiche, für die wir nicht direkt zuständig sind,

die aber für unsere Gegend von Bedeutung sind, wie etwa das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung, von dem wichtige Impulse für die Wirtschaft ausgehen und das besondere Teilbereiche für kleine und mittlere Unternehmen enthält. Aber es ist keineswegs einfach, sich als Betrieb mit einem Antrag einzubringen. Wir müssen die betroffenen Antragsteller bei ihrem Unterfangen unterstützen und ihnen dabei helfen, dass sie diese Programme nutzen können.

Ein Paradebeispiel der Nützlichkeit Europas für die deutschsprachige Gemeinschaft hängt mit unserer Situation als Grenzregion zusammen. Wir haben in allen bisherigen Interreg-Programmen mitmachen können; zuerst nur im Rahmen der Euregio Maas-Rhein und jetzt schon zum zweiten Mal auch im Rahmen der Großregion Saar-Lor-Lux. Das ist von sehr großer Bedeutung. Das ist auch die Antwort auf die Frage: Was bringt der Lissabon-Vertrag für Grenzregionen? Schauen wir uns an, was durch Interreg möglich wird, dann haben wir die Antwort. Aber Geld allein ist noch nicht alles. Europa bringt auch Grenzregionen noch sehr viel mehr. Darüber haben wir noch vor kurzem anlässlich einer hochinteressanten Tagung in Eupen mit Vertretern aus neun Grenzregionen und 12 Staaten der Europäischen Union diskutiert und gemeinsam nachgedacht, wie wir als Grenzregionen weiterhin das Laboratorium und der Motor für Europa sein können.

Aber kommen wir auf die schlichte Realität der Zahlen von Interreg zurück. Von 2000-2006 standen im Rahmen der Euregio Maas-Rhein EU-Mittel in Höhe von 54 Millionen EUR und im Rahmen der Großregion Saar-Lor-Lux weitere 9,96 Millionen EUR zur Verfügung, auf die wir Zugriff haben konnten. Damit kein Missverständnis entsteht, weise ich darauf hin, dass nicht die gesamten 54 Millionen EUR bzw. 9,96 Millionen EUR nach Ostbelgien geflossen sind, aber wir haben uns an Projekten beteiligen können. Das war von allergrößter Bedeutung. So konnten sich im Rahmen der Euregio Maas-Rhein während der letzten Förderperiode 43 Projektautoren an 92 Projekten beteiligen. Wir haben fast bei der Hälfte der Projekte mit am Tisch und auch an der Kasse gesessen. Das sollten wir doch auch einmal sagen, wenn wir über Europa diskutieren. Und im Rahmen der Großregion Saar-Lor-Lux waren wir in der letzten Förderperiode immerhin an 11 von 30 Projekten beteiligt.

In der laufenden Periode diskutieren wir derzeit über die ersten Projekte, die sehr wichtig sind. Das wichtigste Projekt überhaupt ist wohl die „RAVEL“-Strecke zwischen Aachen und Luxemburg, die wir mit großem Arbeitsaufwand zu verwirklichen versuchen. Bei diesem Projekt wollen wir auch die Wallonische Region mit ins Boot nehmen. Mein Kollege, Minister Gentges, beschäftigt sich fast täglich mit dieser Sache. Für die neue Planungsperiode stehen in den beiden Programmen Saar-Lor-Lux und Euregio Maas-Rhein immerhin insgesamt 104 Millionen EUR an EU-Mitteln zur Verfügung, auf die auch die deutschsprachige Gemeinschaft zurückgreifen kann. Das ist nicht gerade wenig.

Das alles scheint mir inhaltlich ziemlich interessant und könnte noch mit

Hinweis etwa auf das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs oder das Aktionsprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, um nur einige Beispiele zu nennen, weiter ausgebaut werden.

Ich wiederhole ganz bewusst noch einmal: Alle diese bedeutenden Programme laufen Gefahr, definitiv ins Stocken zu geraten, wenn es nicht zu der Verbesserung der Arbeitsgrundlage der Europäischen Union durch den Lissabon-Vertrag kommt.

Als letzten Punkt möchte ich auf die Bedeutung von Austauschmaßnahmen eingehen. Diese sind für das Sammeln guter praktischer Erfahrungen in allen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft von wesentlicher Bedeutung. Der Austausch, die Öffnung und die Zusammenarbeit schaffen gerade für die kleine Deutschsprachige Gemeinschaft die Möglichkeit, gewisse Grenzen, die mit unserer Größe zusammenhängen, zu überwinden und uns in Kooperationsmodelle einzubringen.

♀

In dieser Hinsicht wird in Europa wahnsinnig viel gemacht. Da sind die Datenbanken der Europäischen Union reichlich sprudelnde Quellen neuer Ideen, Anregungen und auch Partnerschaftsmöglichkeiten. Da lässt sich mit dem geringsten Aufwand manchmal maximaler Effekt erzielen. Diese Impulse sind für uns wirklich sehr wichtig. Natürlich kann man nicht immer alles eins zu eins übernehmen, und man trifft manches Mal auch Sachen an, von denen man nach genauerem Hinschauen besser die Finger lässt. Das sind sehr heilsame Erfahrungen, die man in Europa auch machen kann und die uns bei der Politikgestaltung helfen.

Ich könnte jetzt viele konkrete Dinge zitieren, aber dann würde man mir wie damals bei der Diskussion über die Außenbeziehungen den Vorwurf machen, die Regierung besetze stundenlang das Rednerpult, um ihre Leistungen vorzustellen. Lassen Sie mich deshalb drei Beispiele von Politikbereichen nehmen, die noch weniger bekannt sind, die aber zentrale Elemente bei der Umsetzung unserer strategischen Regierungserklärung vom 18. September 2007 betreffen.

Ich denke da zuerst an die Mitteilung der Europäischen Kommission über die europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung. Dies ist ein höchst interessantes Dokument, in dem festgestellt wird, dass die Kultur unverzichtbar ist, damit die Europäische Union ihre strategischen Ziele Wohlstand, Solidarität und Sicherheit erreichen kann, und dass das Stärken von kultureller Identität zu den ganz wesentlichen Aufgaben europäischer Zusammenarbeit gehört. Und wie könnte man die Verbindung zwischen unserer eigenen Situation und dem, was sich anderswo in Europa tut, besser herstellen als durch den Hinweis auf die Bedeutung regionaler, kultureller Identität?

Ein zweites Beispiel ist die Rahmenstrategie der EU zur Mehrsprachigkeit. Darin haben wir äußerst interessante Impulse für die Verbesserung und Förderung der Mehrsprachigkeit gefunden, die wir bekanntlich als eine zentrale Aufgabe unserer Politikgestaltung ansehen. In diesem Zusammenhang

können wir stolz auf die Ergebnisse sein, die uns die EU attestiert, wenn sie uns regelmäßig als Beispiel zitiert. Wir sollten uns jedoch darauf nicht allzu viel einbilden, aber es tut schon gut, wenn mal ein Lob von Europa kommt und man dort feststellt, dass wir so schlecht gar nicht sind.

Auch ein drittes Beispiel aus der Regierungserklärung von 2007 möchte ich nicht unerwähnt lassen. Wenn wir uns über die Schaffung von besseren Arbeitsplätzen und über die Steigerung der Beschäftigungsrate in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Gedanken machen, wenn wir uns mit Themen wie etwa Flexibilität und Sicherheit, der sogenannten „Flexicurity“, beschäftigen, dann finden wir auch da vielfältige Denkanstöße und Partnerschaftsmöglichkeiten für Maßnahmen, die wir hierzulande umsetzen wollen. Egal, ob wir uns in Nordeuropa das dänische Modell anschauen oder Projekte, die in anderen Regionen Europas verwirklicht wurden.

Kolleginnen und Kollegen, wenn man über Europa spricht, dann werden oft und zu Recht die großen historischen Leistungen heraufbeschworen. Ganz hervorragend hat das zum Beispiel der luxemburgische Premierminister Juncker bei seiner Rede anlässlich der Karlspreisverleihung vor einigen Jahren gemacht. Und wer in diesem Jahr die Karlspreisreden von Frau Dr. Merkel und Herrn Sarkozy gehört hat, konnte feststellen, wie zentral Europa mittlerweile geworden ist und wie wichtig die Errungenschaften der europäischen Integration sind. Aber wer die Dinge realistisch betrachtet, stellt auch fest, dass noch lange nicht alles so ist, wie es sein sollte.

Ich habe in einem Artikel, den Frau Almut Metz einmal in einer Veröffentlichung zu Europa geschrieben hat, einige sehr interessante Sätze gefunden, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Sie sagt: „Seitdem Zeus in Gestalt eines Stiers die schöne Europa zu fremden Ufern entführt hat, ist die europäische Integration weit vorangeschritten.“ Sie hat recht. „Integrationspolitische Fortschritte wie die sukzessive Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlamentes oder die Vergemeinschaftung zentraler Politikbereiche, die die Lebenswelt der Bürger direkt betreffen, haben jedoch nicht den gewünschten Erfolg gezeigt. Die Kluft zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern ist nach wie vor groß.“ Etwas weiter schreibt sie: „Unausgegoren bleibt das Verhältnis zwischen sozialer Union auf der einen und wettbewerbsfähiger Union auf der anderen Seite. Der Zielkatalog“, so wie er

im Verfassungsvertrag stand und im Lissabon-Vertrag übernommen wird, „bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, welche Funktion ein Ziel wie die Vollbeschäftigung über ein Lippenbekenntnis hinaus tatsächlich erfüllen soll. Wie kann die Union in Zeiten des globalen Wettbewerbs eine Solidargemeinschaft bleiben? Wie kann wissenschaftlicher und technischer Fortschritt mit nachhaltiger Entwicklung in Einklang gebracht werden?“ Zitat Ende.

Das sind zentrale und durchaus auch kritisch zu beantwortende Fragen. Da hat Europa sicherlich noch nicht all das geleistet, was wir von ihm erwarten können. Aber eines steht fest:

Ohne den Lissabon-Vertrag werden wir nicht weiter kommen. Kolleginnen und Kollegen, nicht nur aus Überzeugung, dass der Lissabon-Vertrag wichtig für die Weiterentwicklung Europas ist, sondern auch aufgrund der vorhin dargelegten Bedeutung für unsere Gemeinschaft und aufgrund der unumstößlichen Tatsache, dass wir in dieser Welt und in Europa nur vorankommen werden, wenn Europa enger zusammenwächst, empfiehlt die Regierung die Annahme des zur Diskussion stehenden Dekretentwurfes. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, PFF und PJU/PDB)

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Ich erinnere daran, dass 15 Minuten Redezeit pro Fraktion festgelegt worden sind. Herr Grosch hat das Wort.

HERR GROSCH (vom Rednerpult).-Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich dem Berichtersteller und ebenfalls dem Ministerpräsidenten für die mehr als ausführliche Erklärung des zur Debatte stehenden Dekretentwurfs danken. Ich kann mich deshalb zwar nicht viel kürzer fassen, aber vielleicht gewisse Wiederholungen bei all den Vorteilen, die der Lissabon-Vertrag bringt, vermeiden.

Als wir im Juni 2005 in diesem Parlament über den Verfassungsvertrag debattierten, ahnten viele schon, dass dieser im Endeffekt nach dem damals schon bekannten Nein von Frankreich und den Niederlanden kein gutes Ende nehmen würde, obwohl er, wie eben erwähnt, dank der hervorragenden neuen Methode des Konvents. Man sollte nochmals wiederholen, dass die Neinsager keine Mehrheit in Europa bildeten, denn fast zwei Drittel der Länder hatten dem Verfassungsvertrag bereits zugestimmt. Die Neinsager haben auch in dieser Legislaturperiode keine Alternative zum Vertrag vorgeschlagen, die eine breite Mehrheit bzw. einen Konsens gefunden hätte. Die Neinsager waren auf der einen Seite diejenigen, die ein Europa der Nationen wollten, auf der anderen Seite diejenigen, die mehr Soziales wollten und die andere Vorstellungen über die Wirtschaftsordnung hatten. Etliche Neinsager in den Niederlanden und in Frankreich wollten ihrer eigenen Regierung oder ihren Präsidenten einen Denkmittel verpassen. Diese Gruppe - ein Drittel der Stimmen - wollte im Endeffekt die Arbeit zunichtemachen, ohne etwas Neues aufzubauen. Die Arbeit musste neu aufgerollt werden, denn, wie eben erwähnt, hatten wir den Vertrag von Nizza, dessen Arbeitsmethode für sechs und eventuell noch für 15 Mitgliedsländer geeignet war, aber für 27 Mitgliedsländer unmöglich war.

Wir mussten in diesem Zusammenhang, auch wenn es nicht Teil des Vertrags war, das Vertrauen zwischen den Ländern gewinnen, um eine Finanzperspektive aufzubauen. Europa arbeitet mit Finanzperspektiven von vier, fünf Jahren. Das mag zwar sehr theoretisch klingen, aber Interreg-Programme oder Austauschprogramme für Jugendliche sind weitgehend Programme, die auf mehrere Jahre angelegt sind. Das hat eben auch der Ministerpräsident erwähnt. Diejenigen, die den Nizza-

Vertrag dem Verfassungsvertrag vorzogen und gleichzeitig die langfristigen Perspektiven für die EU verhindern wollten, waren eindeutig Personen, die mit Europa und mit unserer Auffassung der Zusammenarbeit in Europa überhaupt nicht einverstanden waren. Deshalb war es nach Beginn der anschließenden Arbeiten, um Europa aus diesem Stillstand herauszubringen, auch mehr als klar, dass es nicht die Neinsager waren, die die Ärmel hochgekrempelet haben, sondern die Länder, die Gruppierungen, die Personen, die bereits in der ersten Phase federführend waren. Deshalb könnte man mit Jean-Luc Dehaene sagen: „Wer Ja zum Verfassungsvertrag gesagt hat, kann auch ruhigen Herzens Ja zum Lissabon-Vertrag sagen!“

♀

Aus Sicht der CSP möchte ich einige Aspekte herauschälen. Unserer Meinung nach hat der Vertrag von Lissabon im Vergleich zum Verfassungsvertrag etwas an Europa verloren. Es wurde eben erwähnt, dass der Lissabon-Vertrag kein Verfassungsvertrag mehr ist. Wir mussten auf Symbole verzichten, die aber mehr als nur einen Symbolwert haben. Wenn bestimmte Länder nicht mehr imstande sind zu sagen, was das Symbol ist, mit dem sie sich identifizieren können, hat das auch, etwas mit der Identität Europas in diesen Ländern zu tun. Selbstverständlich wird die Charta der Grundrechte verpflichtend erwähnt, aber sie ist nicht mehr integraler Bestandteil des vorliegenden Vertragswerks, das kaum verständlich ist. Der Verfassungsvertrag war zumindest eine Einheit, die jeder Bürger verstehen konnte, wenn er sich denn die Zeit nehmen wollte, ihn zu lesen.

Die CSP sagt Ja zu Lissabon und wir finden es auch wichtig, dass wir im Parlament über den Vertrag debattieren, denn schließlich besteht dieses Gremium aus direkt gewählten Volksvertretern. Im Zusammenhang mit dem Lissabon-Vertrag wird sehr oft vom Referendum gesprochen. Wir finden es mehr als übertrieben, sogar fast gefährlich, wenn gewisse Personen den Eindruck vermitteln, als seien Debatten und Abstimmungen zu wichtigen Themen in demokratisch gewählten Parlamenten beinahe undemokratisch.

Wozu dienen unsere Parlamente, wenn nicht dazu, dass wir als Gewählte über wichtige Entscheidungen abstimmen und diese vor dem Bürger direkt verantworten? Wir werden nicht entschädigt, um Ja oder Nein zu sagen, sondern um unsere Verantwortung zu übernehmen, und das tun wir auf ganz einfache demokratische Art und Weise. Andere werden entschädigt, sogar gut entschädigt, um mit falschen Argumenten dauernd Nein zu sagen.

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir auf die parlamentarische Debatte und die Demokratie zurückblicken, wenn wir 70 bzw. 40 Jahre zurückblicken, dann stellen wir fest, dass damals keiner gefragt wurde, was aus dem Europa Ende der 1930er Jahre wurde. Damals hat keine Debatte wie die heutige stattgefunden, und selbst in der Nachkriegszeit, als Europa zum Teil unter sehr freiheitlicher Herrschaft und zum Teil unter einer kommunistischen Diktatur lebte, gab es keine

wirkliche Demokratie. All das hat Europa in den Jahrzehnten danach systematisch abgebaut und mit Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung neu aufgebaut.

Das Mitentscheidungsrecht des Parlaments ist in meinen Augen eine der wichtigsten Errungenschaften. Selbstverständlich sage ich dies nicht nur als Parlamentsvertreter, sondern es ist auch meine tiefe Überzeugung. Die Mitentscheidung des Parlaments wird zur Grundregel im neuen Vertrag. Das bedeutet auch, dass jede Debatte und die Möglichkeit der Abänderung eine rein demokratische Form bekommen. Im Moment stehen dort Vorschläge zur Debatte und werden Entscheidungen getroffen, die in dieser Form der Mitentscheidung nicht so transparent sind. Auch die Entscheidungsmöglichkeiten des Rates sind meines Erachtens in dem neuen Vertrag wesentlich verbessert. Man trägt nicht nur der Mehrzahl der Länder Rechnung, sondern auch der Mehrzahl der Bevölkerung. Diese neue Regel ist einfach, wohingegen die Regel des Vertrags von Nizza kaum anwendbar ist.

In der Sicherheits- und Außenpolitik können die EU-Länder gestärkt auftreten. Früher haben die Bürger der EU häufig den Vorwurf gemacht, sie sei schwach und zeige nicht deutlich, wo sie stehe. Der uns vorliegende Vertragsentwurf ist bei weitem noch nicht die perfekte Antwort, aber er ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Nehmen wir beispielsweise den Umweltschutz, der auf europäischer Ebene schon sehr stark reguliert ist und noch ausgedehnt wird. Dieser Bereich wird durch die Aufträge zur Förderung der alternativen Energien verstärkt berücksichtigt. Diese Debatte, die in den letzten Monaten sehr stark geführt wurde und die meines Erachtens bis Ende des Jahres noch mit ganz konkreten Maßnahmen verbunden werden wird, wird auch unsere Gemeinschaft direkt betreffen und wir sind auch schon teilweise darauf vorbereitet. Der Umweltbereich bekommt eine Dimension, die nicht nur innereuropäisch, sondern auch außerhalb der Union eine sehr wichtige Rolle spielen wird. Denn ich bin überzeugt, wenn die Arbeit auf Ebene der Länder und der Regionen korrekt ausgeführt wird, kann Europa zeigen, welchen

♀

Wert es auf globaler Ebene hat. Dann können wir nicht nur mitteilen, was wir wollen, dann können wir sehr wahrscheinlich in diesem und hoffentlich demnächst auch in anderen Bereichen etwas fördern.

Deshalb finde ich, dass der Lissabon-Vertrag den eindeutig richtigen Weg geht. Er stärkt die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dementsprechend auch das Allgemeinwohl der Bürger. Der Lissabon-Vertrag ist das bessere Mittel, um den Herausforderungen, die Europa kennt, zubegegnen. Der Lissabon-Vertrag verstärkt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Über den Frieden spricht keiner mehr, weil er selbstverständlich ist. Aber erinnern wir uns: Nur zwei Flugstunden entfernt sind wir in Ex-Jugoslawien. Dieses Beispiel zeigt, wozu unser Jahrhundert und unser Jahrzehnt heute noch fähig sind. Der Frieden wurde durch die Zusammenarbeit gestärkt. Europa

bedeutet mehr als nur ein Geldgeben und Geldnehmen, wie Frau Thatcher es einmal sagte. Europa hat in gewissen Bereichen Stärken aufgebaut, die unabhängig vom Geldfluss auch eine Stärke nach außen darstellen.

Europa hat sich mit dem Lissabon-Vertrag das Instrument gegeben, um der Globalisierung ein menschenwürdigeres, umweltbewussteres und sozialgerechteres Gesicht zu verleihen. Wer meint, die Globalisierung könne mit Europa unterbunden werden, der lebt in einem Traum, der überhaupt keiner Realität entspricht. Aber wer sich die Mittel gibt, die Globalisierung besser zu gestalten und zu regulieren, geht meiner Meinung nach den richtigen Weg. Der Lissabon-Vertrag gibt uns dazu mehr Mittel an die Hand. Die Bekämpfung der Armut und die gerechtere Verteilung der Gewinne aus dieser Arbeit sind eindeutig als Ziele in diesem Vertrag enthalten. Selbstverständlich wollen viele noch mehr als das, was im Lissabon-Vertrag enthalten ist. Aber vergess en wir nicht, dass alle dies e Verbesserungsvorschläge zur Debatte standen.

Glauben Sie vielleicht, in der EU habe niemand daran gedacht, das Ganze noch etwas sozialer zu machen? Glauben Sie, niemand habe daran gedacht, den wirtschafts- und Finanzbereich etwas anders zu gestalten? Aber die Kunst besteht nicht darin, Forderungen zu stellen; die Kunst besteht darin, einen Konsens zwischen 27 Ländern zu finden. Eine Errungenschaft dieses Vertrages ist es in meinen Augen, 27 Länder unter einen Hut zu bekommen.

Wir erleben das im EU-Parlament täglich. Mor gen werde ich die Gelegenheit haben, mich an einer Debatte zum Thema Kabotage zu beteiligen. Als Kabotage bezeichnet man das Erbringen von Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen. Kollege Evers kennt die Materie sehr gut. Wohin geht der Trend in diesem Bereich? Die Einen sagen, diese Transporte müsse man bis auf eine oder zwei Fahrten beschränken, denn man müsse den eigenen Markt schützen. Die Anderen sagen, der Markt sei offen und man müsse unabhängig von den entstehenden Problemen keine Einschränkung vorsehen. Betrachtet man alle Argumente etwas näher, bemerkt man, dass es schwer ist, einen Konsens zwischen den Ländern zu finden, weil zwei Aspekt e ausschlaggebend sind, nämlich die Lohn- und Steueraspekte. Gerade diese Aspekte will man auf europäischer Ebene nicht im einfachen verfahren regeln.

Deshalb noch einmal: Wenn man sagt, Europa sei nicht sozial genug oder führe keine Regulierung der Löhne durch, soll man das Problem nicht bei Europa suchen, sondern dort, wo es liegt, nämlich bei den Mitgliedstaaten, die einfach nicht in der Lage sind, diese Kompetenz global auf europäischer Ebene anzusiedeln.

Unabhängig von dieser Frage will in der Sozialpolitik jeder sein Modell durchsetzen. Wenn wir von einem europäischen Modell sprechen, welches meinen wir dann? wollen wir das englische Modell oder wollen wir das belgische Modell? In dieser Frage sind wir vielleicht froh, dass wir ein Vetorechthaben, damit uns das englische Modell nicht aufgezwungen

wird, wenn wir der Überzeugung sind,
dass das englische Modell viel schlechter ist als das belgische Modell. Ich will
dies nur einmal als
Beispiel geben. Auch der heutigen Arbeitsweise der EU sind gewisse, von uns als
sehr schwach

♀

hingestellte Regeln ein gutes Mittel für die einzelnen Länder, um ihre
Traditionen zu schützen.
Diejenigen, die gerne so negativ über Europa sprechen, beachten diese
Unterschiede nicht.

Es wird sehr viel dummes Zeug über Europa und besonders im Zusammenhang mit dem
Lissabon-
Vertrag gesagt. Wenn man aus dem, was im Vertrag über die Streitkräfte steht,
schlussfolgert, die EU
werde zunehmend kriegerisch, dann ist das auf jeden Fall unkorrekt und dann
ignoriert man, dass die
humanitären Aufgaben der Streitkräfte eindeutig im Vordergrund stehen. Darüber
hinaus muss man
wissen, dass es um die innereuropäische gegenseitige Hilfe geht. Einander helfen
kann man aber nur,
wenn man in Sachen Verteidigung etwas Korrektes aufbaut.

Die Stärke Europas wird die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sein. Gerade
diejenigen, die uns
vorwerfen, dass wir von anderen großen Mächten abhängen, geben uns nicht die
Möglichkeit, stärker
zusammenzuarbeiten, damit diese Abhängigkeit letztendlich abgebaut wird. Diese
Vorgehensweise ist
in der Denkweise absurd und unmöglich. Dies muss einmal gesagt und so oft wie
möglich wiederholt
werden. Ich schreibe selten Leserbriefe, nutze aber heute die Gelegenheit, das
noch einmal so zu
unterstreichen.

(Applaus bei der CSP)

Meiner Meinung nach müssen die EU-Länder - soeben hatten wir das gute Beispiel
des Gegenteils -,
etwas mehr nach dem Prinzip arbeiten: „Ehre, wem Ehre gebührt!“ und nicht nach
dem Trend: „Das
Gute war Landessache und das Schlechte hat Europa nicht geregelt!“

Ich glaube, es ist gut, dass wir als Grenzregion kein Problem mit Europa haben.
Wir haben auch kein
Problem damit, dass es einen europäischen Sozialfonds mit Mitteln gibt und dass
Interreg- und
Schüleraustauschprogramme bestehen. Aber glauben Sie mir, viele Entscheidungen
auf Landes- und
auf Regierungsebene tragen sehr oft den nationalen Stempel. Da wissen wir ganz
genau, wie die
Vorbereitungen abgelaufen sind. Gott sei Dank sind die Ratsdebatten jetzt
öffentlich, sodass man den
Unterschied zwischen dem machen kann, was im Rat gesagt wurde, und dem, was nach
den
Ratssitzungen der eigenen Bevölkerung mitgeteilt wird. Diese Transparenz wird
eminently wichtig, weil
schwierige Entscheidungen früher manchmal anders nach außen getragen wurden, als
sie innerhalb der
Institutionen debattiert wurden.

Es gäbe noch sehr viel über diesen Lissabon-Vertrag zu sagen, ich sehe aber,
dass hier am Rednerpult
eine Lampe blinkt, die wohl eine nette Einladung an mich sein soll, zum Schluss
zu kommen. Deshalb
möchte ich meine Rede mit einer persönlichen Note beenden.

Wir Deutschsprachigen und alle Belgier können sehr begeistert über Europa reden und einige sogar über Europa schreiben. Wir wollen auch die Bürger davon überzeugen. Aber wenn wir Belgier glaubwürdig über Europa reden und entsprechend handeln wollen, müssen wir auch in Belgien etwas europäischer werden. Wir müssen Effizienz und Solidarität wieder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, denn wie können wir innerbelgisch und aus belgischer Sicht europäisch überzeugen, wenn wir nicht mehr imstande sind, das europäische Denken, das wir von anderen Ländern verlangen, auch zu Hause anzuwenden. Deshalb könnte aus unserer Gemeinschaft der Vorschlag kommen, nach dem Lissabon-Vertrag einen Konvent in Belgien einzuberufen, denn wir haben gesehen, dass das auf europäischer Ebene sehr gut funktioniert hat. Zweitens schlagen wir vor, dass Belgien etwas europäischer werden sollte und wir einen belgischen Vertrag nach dem Beispiel des Lissabon-Vertrages ausarbeiten und verabschieden.

Enden möchte ich mit einem Zitat. In Belgien laufen wir wie in anderen Regionen Gefahr - man sieht es auch an den letzten Abstimmungsverhalten -, dass ein gewisser Regionalismus aufkommt. Dieser ist genau so schädlich für Europa, wie es früher der Nationalismus für Europa war. François Mitterand sagte in seiner letzten, in meinen Augen besten Rede im Europaparlament: „Europa ist das beste Mittel gegen Nationalismus, denn Nationalismus bedeutet Krieg, im alten oder im modernen Europa.“

♀

Ich glaube, die Zustimmung zum Lissabon-Vertrag und zu dieser Denkweise über das Zusammenleben in der Politik ist ein klares Ja zu einem friedlichen und besseren Zusammenleben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der CSP, PFF, SP und PJU/PDB)

DER PRÄSIDENT.- Frau Jadin hat das Wort.

FRAU JADIN (vom Rednerpult).-Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welch schweres Los, nach meinen eminenten Vorrednern, die doch schon ein sehr vollständiges, entflammtes Plädoyer für den Lissabon-Vertrag gehalten haben, das Wort zu ergreifen! Die heute angesetzte Debatte über die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages ist natürlich nicht nur sehr wichtig, weil diese schon im Vorfeld auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für sehr viel Gesprächsstoff gesorgt hat, sondern auch, weil sie für unsere Zukunft als Region im Herzen Europas entscheidend ist.

Mit dem Lissabon-Vertrag wagt Europa nach zwei Jahre wählender Immobilität wieder einen Schritt nach vorne. Es ist ein wichtiger Schritt, der der Europäischen Union die Möglichkeit geben wird, in Zukunft richtungsweisendere Debatten zu führen und somit auch effizientere und kohärentere Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn wir heute über den Lissabon-Vertrag sprechen, können wir aber nur schwer die Tatsache

verschweigen, dass dieser im Vergleich zur vormals angestrebten EU-Verfassung eigentlich einen Rückgang im europäischen Integrationsprozess darstellt. Sicher, keinen fundamentalen Rückgang, aber einige große Symbole der ursprünglichen EU-Verfassung sind verschwunden. Der europäische Integrationsprozess wird auch in den nächsten Jahren sicher neue Formen annehmen, wenn wir in diesem Zusammenhang den Willen einiger großer EU-Länder beobachten.

Vor diesem Hintergrund müssen wir natürlich sehr aufmerksam bleiben, wenn wir verhindern wollen, dass der europäische Gedanke sich nur in einigen Regionen der Europäischen Union weiterentwickelt und so das eigentliche Ziel, nämlich ein einheitliches, solidarisches Gebilde zu formen, in weite Ferne rückt. Bedauernd ist für die PFF-Fraktion, dass wichtige und, so schien es zumindest, zum Teil ausgereifte Elemente sich nun nicht mehr im Lissabon-Vertrag widerspiegeln. So war die Einführung des Begriffes „europäisches Gesetz“, der den gängigen Begriff „Direktive“ ersetzen sollte, einigen wohl zu avantgardistisch. Das Gleiche gilt auch, Herr Ministerpräsident hat es bereits angesprochen, für die Verankerung des allgemein anerkannten Prinzips des Vorrechts der europäischen Normen auf die der nationalen Normen. Hier bleibt zu hoffen, dass diese Begriffe ab dem vollständigen Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Jahr 2014 zumindest in einem Zusatzprotokoll verankert werden.

Selbst wenn, wie schon eingangs erwähnt, wir es nicht mit einem so ambitionierten Projekt zu tun haben wie der EU-Verfassung, wird mit dem Lissabon-Vertrag ein großer Schritt hin zu mehr Integration gewagt. Auf institutioneller Ebene werden die meisten Probleme, die bereits seit der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages bestehen, größtenteils gelöst werden. Zusammengefasst wird dies durch zehn grundsätzliche Elemente im Lissabon-Vertrag zum Ausdruck gebracht:

1. Die Einsetzung eines ständigen Präsidenten für die EU, der vom Europaparlament für zwei Jahre gewählt wird.
2. Auf dem internationalen Parkett wird die Europäische Union einen Repräsentanten in der Person des Vize-Präsidenten der EU-Kommission haben.
3. Ab 2014 wird die Anzahl der EU-Kommissare um ein Drittel reduziert.
4. Schon jetzt werden spezifische Themen im EU-Parlament nicht mehr mit absoluter Mehrheit entschieden, sondern auch durch besondere Mehrheiten angenommen. Dies entspricht einer effizienteren Funktionsweise der europäischen Institutionen und verstärkt die demokratische Funktionsweise der Europäischen Union erheblich.
5. Die besondere Mehrheit artikuliert sich um ein doppeltes Mehrheitssystem. So tritt sie ein, wenn ein Quorum von 55% der EU-Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen, sich für eine Maßnahme ausspricht.
6. Im Bereich der Verteidigungspolitik können verstärkte

♀

7. Kooperationsabkommen zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten getroffen werden.
8. Die Anzahl der Europaabgeordneten wird von 785 auf 750 reduziert, geht aber mit einer bedeutenden Stärkung der Entscheidungsmacht der EU-Parlamentarier einher.

Mitgliedstaaten werden, im Prinzip, die einzelnen Entscheidungen der EU-Kommission kritisch beleuchten können und gegebenenfalls Letztere auffordern können, diese zu revidieren. Ich betone „im Prinzip“, denn ich selbst sehe diesem Passus eher skeptisch entgegen. 9. Die Arbeit des Ausschusses der Regionen, das ist ebenfalls bereits angesprochen worden, wird weiterhin als sehr wichtig erachtet und ist in einer föderalen Staatsstruktur wie der unseren natürlich besonders begrüßenswert. 10. Das Petitionsrecht wird nun auch auf europäischer Ebene anerkannt und wird diversen Bürgerinitiativen sicher die Visibilität und den Stellenwert verschaffen, die sie verdienen. Allein diese zehn Punkte stellen einen immensen Fortschritt im Bereich der europäischen Integration dar.

Die Rolle des Europaparlaments wird für den Stellenwert Europas in der Welt richtungsweisend sein. Die Tatsache, dass das Europaparlament verstärkt in die Verantwortung genommen wird, zum Beispiel in Bezug auf die Wahl des Präsidenten, der Kommission und der Kommissare, wird die Vorgehensweise, mit der die europäischen Belange der Bevölkerung vorgetragen werden, maßgeblich verändern.

Wenn wir auch, was ich übrigens bedaure, keine Volksbefragung zum Lissabon-Vertrag gehabt haben – über die Form, ob auf Landesebene oder auf gesamteuropäischer Ebene, hätte man natürlich debattieren können –, so wird zumindest eine Befragung in naher Zukunft maßgeblich für die politische Richtlinie der Europäischen Union sein, nämlich die Europawahlen 2009.

Wenn man heute sagt, dass der Lissabon-Vertrag nicht die Möglichkeit bietet, die Umwelt- und Klimapolitik auf europäischer Ebene maßgeblich zu dynamisieren, dann stimmt das. Auch stimmt es, dass er nicht über genügend Elemente in Bezug auf eine Vereinheitlichung des Zivilrechts oder des Strafrechts verfügt. Wenn man hört, dass es keine klare Richtung in Bezug auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik gibt, ist das auch richtig. Wichtige Entscheidungen in Bezug auf eine echte und hoffentlich kohärente Sozialpolitik werden in Zukunft einen ständigen Platz auf der Tagesordnung des Europaparlamentes bekommen müssen. Auch die Liberalisierung der öffentlichen Dienste wird einer verstärkten Kontrolle des Parlaments unterzogen werden. Deshalb muss bei den nächsten Wahlen zum Europaparlament auch diesen Herausforderungen eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt und ein ganz besonderer Platz eingeräumt werden.

In diesem Sinne werden wir als PFF-Fraktion der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages selbstverständlich zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PFF, SP, PJU/PDB, CSP und Ecolo)

DER PRÄSIDENT.- Herr Niessen hat das Wort.

HERR NIESSEN (vom Rednerpult).-Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Regierung! Ich werde versuchen, den Beitrag zu der heutigen Debatte aus

„grüner Sicht“ zu leisten. Wenn ich an die Zeit zurückdenke, als wir als grüne Partei nicht nur in Belgien, sondern in ganz Europa entstanden sind, nämlich an die frühen 1980er Jahre, dann erinnere ich mich auch an Losungen wie „lokal handeln, global denken“.

Das lokale Handeln gab es damals schon. Man kann ja nicht sagen, dass früher, vor dieser Zeit, keine Politik gemacht worden sei. Aber ich glaube, dass in dieser Zeit immer deutlicher wurde, dass es globale Herausforderungen gibt, die globale Antworten brauchen, und dass man lokales Handeln immer mehr in den Kontext von globalen Visionen und globalen Herausforderungen setzen muss. Werdiese Überlegung ernst nimmt, der muss sein Handeln auch in entsprechende politische Strukturen umsetzen, der muss erkennen, dass das Handeln auf kommunaler oder nationaler Ebene nicht ausreichen kann, um globale Herausforderungen zu bewältigen. Globale Herausforderungen sind beispielsweise die heute bereits erwähnte Friedenssicherung oder die Sicherung des Wohlstandes nicht

♀

nur für uns, sondern global, auf dem gesamten Planeten, was letztendlich auch ein Garant für unseren eigenen Wohlstand ist. Ein anderes Beispiel dafür ist die Verbesserung des Umweltschutzes, der heutzutage immer mehr mit dem herausragenden Thema Klimaschutz in Verbindung gebracht wird.

Alle diese globalen Herausforderungen, werte Kolleginnen und Kollegen, Sie sind da sicher mit mir einverstanden, sind nicht mehr auf Ebene der Nationalstaaten anzugehen. Wir brauchen vielmehr supranationale Strukturen, die möglichst gut und optimal funktionieren. Daran hat es bisher gehapert. Europa ist eine solche supranationale Struktur, die wir dringend brauchen, aber Europa braucht bessere Funktionsweisen, braucht mehr Demokratie und vor allen Dingen mehr Transparenz.

Diese drei Ziele zu verbessern, war die Aufgabe des Konvents. Wir wissen alle und haben es heute mehrfach gehört, dass es nicht zur Verabschiedung der vom Konvent ausgearbeiteten EU-Verfassung gekommen ist. Als kleine Variante gibt es den Lissabon-Vertrag, über den wir heute diskutieren. Dieser ist den von mir genannten Zielen - mehr Transparenz, bessere Handlungsfähigkeit, mehr Demokratie - ein Stück näher gekommen, wenn auch sicherlich zu wenig.

Wir sind der Überzeugung, dass man diese Opportunität nutzen muss und nicht beklagen soll, dass diese Verbesserung nicht groß genug ist. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass wir das Beste daraus machen.

Wie hätte man noch mehr erreichen können? In dem Zusammenhang scheint es mir wichtig, auch wenn ich damit wiederhole, was andere Kollegen vor mir gesagt haben, darauf hinzuweisen, dass weitere Fortschritte in einer Gruppe von 27 sehr schwer zu erreichen sind. Wenn wir nicht schnell genug vorankommen, liegt das nicht daran, dass die europäischen Institutionen in Brüssel zu schlecht funktionieren, sondern es sind die eigenen Interessen der Nationalstaaten, die uns ein schnelleres Voranschreiten nicht erlauben. Es gibt zu wenig europäisches Denken, nicht nur

auf Ebene der Nationalstaaten, sondern auch auf Ebene der Bevölkerung und auf Ebene der Regionen, bis hin zu den Kommunen.

Ich glaube, wir brauchen eine wirklich ganz andere, offensivere Herangehensweise in der Kommunikation mit den Bürgern. Es ist zu häufig so kommuniziert worden, wie Herr Grosch es vorhin dargestellt hat. Zu oft hat man sich die positiven Dinge selbst als Feder an den Hut gesteckt, aber alles, was dem Bürger nicht so gut gefiel, hat man Europa angekreidet. So kann man keine Begeisterung für Europa lostreten, das funktioniert nicht. Wir müssen die Plakativität der Darstellung Europas überwinden. Es ist ja klar, dass Herr Grosch sich hier als vehementer Verfechter Europas darstellt, aber auch wir haben als Politiker nicht nur im Parlament, sondern auch in anderen Gremien die Aufgabe, Europa positiv und glaubwürdig darzustellen, ansonsten können wir die Bürger nicht begeistern.

Das geht manchmal auf Kosten eigener nationaler Interessen. Ich nehme nur zwei Beispiele, die gut nachvollziehbar und relativ aktuell sind. Wenn wir in Europa keine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung durchsetzen können, wenn es uns bei der Ausstattung unserer Fahrzeuge nicht gelingt, die CO₂-Emissionen von Motoren auf ein vernünftiges Maß zu bringen, wenn sich die deutsche Kanzlerin Merkel und ihre ganze Regierung gegen eine solche Vorgehensweise stemmen, weil sie eigene nationale Interessen verletzt sehen und weil sie nicht wollen, dass die Bürger meinen, Europa hindere uns daran, freie Fahrt auf deutschen Autobahnen zu haben, dann kommen wir mit solchen Zielen nicht weiter.

Ähnlich Europa-untauglich ist meiner Ansicht nach die Vorgehensweise der beiden Ministerpräsidenten aus Flandern und aus der Wallonie, Herrn Pieters und Herrn Demotte, die sich dieser Tage getroffen haben, um zu beschließen, dass sie eine Autobahnvignette auf den Weg bringen, die zwar den belgischen Bürger nichts kostet, aber absolut Europa-untauglich ist. Man stelle sich nur einmal vor: Ausländische EU-Bürger reisen in Belgien ein und werden zuerst einmal mit einer Autobahnvignette begrüßt. Solch ein Verhalten ist meiner Ansicht nach zutiefst Europa-untauglich.

♀

Wir müssen auf allen Ebenen der Politik europäischer denken, damit wir die Bürger von der Notwendigkeit überzeugen können, die globalen Ziele weiterzutragen.

Ich komme nun zum Thema Grenzregion und zu den Strukturfonds, von denen viel geredet wurde. Ich verstehe ja den Ministerpräsidenten, wenn er sagt, wir müssten auch sehen, was wir alles von Europa bekommen haben. Aber diese Argumentation darf nicht die einzige sein und er hat ja auch viele andere Aspekte genannt. Wir dürfen nicht nur dann von Europa schwärmen, wenn wir viel Geld von Europa bekommen. Es ist ja auch so, dass die Strukturfonds mit bestimmten Zielen verbunden sind. Beispielsweise geht es um Konvergenz, es geht darum, das Niveau von schwachen Regionen in Europa auf ein durchschnittliches gesamteuropäisches Niveau anzuheben.

Bei uns ist vor allen Dingen das Interreg-Programm interessant, das dazu dient, die speziellen Probleme innerhalb der Grenzregionen zu lösen. Wir sollten mit diesen Mitteln in einem europäischen Geist umgehen und sie so einsetzen, dass sie wirklich den Zielen entsprechen, für die sie ausgerufen worden sind.

Herr Grosch, wenn Lohn- und Steuerfragen uns daran hindern, Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten, dann wird das Problem hoffentlich besser zu lösen sein, sobald das Wohlstandsniveau in ganz Europa angeglichen ist. Wir haben es erlebt mit Portugal, das, als es der Europäischen Union beigetreten ist, ökonomisches Schlusslicht in Europa war und jetzt einen beachtlichen Stand in Europa erreicht hat. Diese Politik der Europäischen Union, die durch Fördermittel betrieben wird und die natürlich von den wohlhabenderen Mitgliedstaaten etwas mehr Toleranz und etwas mehr, ich will nicht sagen Verzicht, aber doch etwas weniger Wachstum zugunsten des Ganzen verlangt, diese Politik muss weitergeführt sowie glaubwürdig nach außen transportiert werden, damit wir unsere Wähler überzeugen können.

Noch eine Bemerkung zum Begriff des Nationalismus. Die EU, das ist richtig, ist der beste Garant gegen Nationalismus. Der Umkehrschluss stimmt auch: Zu viel Nationalismus hemmt die Handlungsfähigkeit Europas. Wir müssen durch unser überzeugendes Auftreten den Wählern gegenüber für die Bereitschaft sorgen, verschiedene Dinge von der nationalen Ebene an Europa abzutreten, damit wir mit diesem Prozess schneller vorankommen.

Wir werden diesem Vertragsentwurf zustimmen, auch wenn er besser hätte sein können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus von Ecolo, der PFF, SP, PJU/PDB und CSP)

DER PRÄSIDENT.- Herr Servaty hat das Wort.

HERR SERVATY (vom Rednerpult).-Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In drei Punkten werde ich zum Dekretentwurf zum Lissabon-Vertrag Stellung nehmen.

Im ersten Teil werde ich argumentieren, warum die SP-Fraktion diesem Entwurf zustimmt. Im zweiten Teil werde ich begründen, warum wir, die Bürger von Europa, mehr Europa brauchen. Und zum Abschluss werde ich ein Plädoyer dafür halten, dass wir, Politik und Bürger, mehr für Europa tun müssen.

SP-Fraktion stimmt zunächst dem Vertragsentwurf von Lissabon zu, weil Europa in Sachen Frieden und Wohlstand eine einmalige Erfolgsstory ist. Diese Aussage habe ich ganz bewusst an den Beginn gesetzt, weil dieser schnell daher gesagte Satz nicht als Selbstverständlichkeit von uns konsumiert oder gar zu einer Floskel abgetan werden darf. Nein, führen wir es uns vor Augen oder fragen wir unsere Eltern und Großeltern. Sie können uns wohl trefflich schildern, wie das

Leben in unseren
Ländern vor, während oder nach den Kriegen, die wir gekannt haben, war, oder
aber wie man die

♀

Lebensumstände von vor 40, 50 Jahren mit unserem heutigen allgemeinen Wohlstand
vergleichen
kann.

Die SP, die Sozialisten und Sozialdemokraten fühlen sich natürlich, das sei
bewusst hinzugefügt, auch
am heutigen Tage in illustrierter, guter Gesellschaft, denn als Mitglieder der
Internationalen fühlen wir uns
im Verbund Europa wohl, einem Verbund, der auf Frieden, sozialen Wohlstand und
gesellschaftliche
Emanzipation ausgerichtet ist.

Wir sagen aber auch Ja zu Europa, weil die Fortschritte, die mit dem
Lissabon-Vertrag einhergehen,
unbedingt erforderlich sind. Es wird höchste Zeit, wir brauchen diesen
Vertragsabschluss von
Lissabon. Ich werde nicht alle Gründe dafür wiederholen, die von meinen
Vorgesetzten in so guter
Weise bereits genannt worden sind, denn sonst reichen die 15 Minuten beileibe
nicht. Lassen Sie mich
jedoch noch eine Sache hinzuzufügen, und zwar an die Adresse von Herrn Grosch.
Ich bin durchaus
mit ihm einverstanden, wenn er bedauert, dass die Symbole weggefallen sind. Ich
muss aber
präzisieren, dass die Charta der Grundrechte zwar nicht integraler Bestandteil
des Lissabon-Vertrages
geworden ist, dass sie aber sehr wohl, und daran darf kein Zweifel bestehen,
Aufnahme in das
europäische Recht gefunden hat. Deshalb brauchen wir keine Sorge in Bezug auf
die Bürgerrechte, die
politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger von Europa zu
haben.

Vor allem aber sagen wir als SP-Fraktion heute nicht Ja und Amen zu allem, was
mit Europa zu tun
hat, sondern wir sagen ein kämpferisches Ja zu Europa und den Fortschritten, die
mit Lissabon
verbunden sind. Wir sagen Ja zu mehr Europa und Ja zu mehr sozialer
Chancengleichheit für die
europäischen Bürger, denn wir brauchen diese weiteren Ziele, die weiteren
sozialpolitischen
Verbesserungen. Bei allem Bedauern darüber, dass die sozialpolitischen
Verwirklichungen bisher den
wirtschaftlichen und finanzpolitischen Verwirklichungen etwas hinterher hinken,
aber ohne den
Lissabon-Vertrag geht es nicht. Er ist Grundvoraussetzung dafür, dass wir alle
zusammen weiter
sozialpolitische Ziele erreichen und die sozialen Standards anheben können.

Als Illustration für dieses kämpferische, mitunter erfolgreiche Ja füge ich
erneut das Beispiel der
Bolkestein-Richtlinie an, allerdings mit einem anderen Hintergrund als dem, der
eben vom
Ministerpräsidenten geschildert wurde. Wir zitieren den erfolgreichen Kampf
gegen die Bolkestein-
Richtlinie gerne, weil er zeigt, wie erfolgreich er sein kann, auch wenn die
Sache zu Beginn
aussichtslos war, weil diese Richtlinie auf höchster europäischer Ebene
beschlossene Sache zu sein
schien. Trotzdem ist es am Anfang Sozialisten und Sozialdemokraten und dann
etlichen
gesellschaftlichen Kräften, die sich hinzugesellt haben, gelungen die
Bolkestein-Richtlinie in ihrer

damaligen Form abzuwenden. Das war das Abwenden einer ganz massiven Gefahr. Da ging es nicht um Peanuts oder um banale Dinge des Lebens, sondern da ging es bekanntlich um solche existenzielle Fragen wie die Privatisierung von Gesundheit, Unterricht oder Wasser.

Meine zweite Aussage lautet: wir, die Bürger von Europa, brauchen mehr Europa. Das will heißen, dass Europa nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist. Da gibt es natürlich Beispiele im Großen, im Kollektiven, aber auch im Kleinen, im Individuellen. Was das erste Beispiel im Großen betrifft, da bin ich Herrn Niessen dankbar, dass er mein Beispiel aus der Podiumsdiskussion aufgegriffen hat. Und zwar habe ich damals schon den Bogen von Portugal und Spanien bis nach Lissabon gespannt. Damals, zur Zeit der Beitritte von Portugal, Spanien und auch Griechenland, war in den Medien oft davon die Rede, dass wir mit diesen Ländern das europäische Armenhaus in die Europäische Union aufnehmen und dass das nicht gut gehen könnte, besonders wenn man bedenkt, dass die Agrarsubventionen zum damaligen Zeitpunkt ohnehin schon hart umstritten waren und es heute noch sind. Aber beim Beitritt von Portugal, Spanien und Griechenland hatte man das Schlimmste befürchtet. Siehe da, die Befürchtungen sind nicht eingetreten. Es handelt sich vielmehr um Erfolgsstorys.

Ein anderes Beispiel aus der näheren Umgebung und aus einer anderen Zeit ist Österreich. Vor dem Beitritt haben die Österreicher lange gezögert und waren sehr skeptisch, nicht zuletzt wegen der viel

♀

verschrienen europäischen Bürokratie. An dieser Stelle greife ich gerne ein Beispiel von Ihnen aus der Podiumsdiskussion auf, Herr Niessen. Sie sagten zu Recht, dass Europa in seinen Institutionen weniger Mitarbeiter, weniger Beamte zählt als die Stadtverwaltung Köln.

HERR NIESEN (aus dem Saal).-Das Autor enrecht hat Herr Grosch!

HERR SERVATY (vom Rednerpult).-Sie haben es aber auch schon einmal erwähnt, glaube ich! Aber gut, dann sind wir uns zu dritt einig. Auch Irland ist eine Erfolgsstory und heute eine boomende Volkswirtschaft.

Dann kommen wir zum Beispiel Rumänien. Warum sollten wir gar nicht so traurig darüber sein, dass es in der rumänischen Industrie vor kurzem erste Streikwellen gegeben hat? Ganz einfach, weil es nicht darum gehen kann, die Ansprüche dieser neuen Bürger Europas klein zu halten oder andere Ansprüche nach unten zu drücken. Nein, wir sollten schon Genugtuung darüber und Verständnis dafür äußern, dass die Bürger und Arbeitnehmer in den neuen Ländern ebenfalls ihren Anspruch auf höhere soziale Standards geltend machen. Nicht die Nivellierung nach unten ist gefragt, sondern die Anhebung, das Mitnehmen dieser Länder, wie Jean-Luc Dehaene es bei seinem Referat trefflich schilderte.

Das Beispiel der Streiks in Rumänien sollte auch noch zwei weitere Punkte deutlich machen. Erstens, dass wir europäische Mindestlöhne erstreiten sollten. In Deutschland wird

zurzeit heftigst darüber diskutiert. Aber alle Arbeitnehmer in ganz Europa brauchen diese Mindestlöhne. Zweitens, denke ich, beweist dieses Beispiel auch, dass die Lokalisierungen nicht immer erfolgreich sind und manchmal auch einen verblüffend kurzen Atem haben, was manchmal gar nicht so verkehrt ist. Ich rede hier nicht gegen die zweite oder dritte Niederlassung eines ohnehin tätigen Betriebes, der sein Geschäftsfeld ausdehnt. Ich rede von den sogenannten Heuschrecken, die ohne Rücksicht auf Verluste ihren Betrieb delokalisieren und da mit ihre Arbeitnehmer und deren Familien aus Geld und Brot bringen.

Ich kündigte Beispiele für das Lösen von Problemen der Bürger im Alltag an. Auch die sind zahlreich. Die Beispiele, die ich jetzt geben werde, sind nicht unbedingt mit dem Vertragsabschluss von Lissabon verbunden, aber ich will dadurch deutlich machen, dass es Pluspunkte gibt, die Europa uns schon gebracht hat und noch weiter bringen wird und die sehr oft auch mit verzwickten Verhandlungen, mit nicht einfach zu verwirklichenden Durchbrüchen verbunden waren, die aber sehr konkret ihren Mehrwert erzeugen.

Denken wir zum Beispiel an die einheitliche europäische Notrufnummer 112, an verbindliche Kriterien für sichere und saubere Badegewässer, an den wirksamen Umweltschutz von der Artenvielfalt über den Katalysator bis hin zum geregelten Emissionshandel; Verbraucherschutz und Gesundheitsfürsorge in Europa sind weltweit an der Spitze; das „Erasmus“-Programm oder der europäische Freiwilligendienst sind nicht nur für die jungen Leute in Europa, sondern auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Begriff.

Herr Ministerpräsident war eben so freundlich, all das zu illustrieren, was die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Bürger schon von Europa bekommen und noch zu erwarten haben, deshalb schließe ich die Liste der Beispiele hier ab.

Ich will diese nur noch durch zwei Aussagen ergänzen. Erstens, es gibt viel Gutes, das mit Europa verbunden werden kann und das man all denjenigen entgegenhalten kann, die sich zum x-ten Mal über die Europarichtlinie zur Krümmung der Bananen auslassen. Das muss nicht sein. Eben wurde auch vom offensiveren, positiveren Herangehen an die Sache gesprochen und auch ich schließe mich diesem Wunsch an.

Zum Stichwort „Verbesserung individueller Art“ erinnere ich an eine weitere Neuerung, die mit dem Lissabon-Vertrag verbunden ist, nämlich an das europäische Bürgerbegehren. Das ist bisher nur recht

♀

selten zur Sprache gekommen. Ich erinnere daran, dass der Vertragsentwurf von Lissabon es den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Gesetzesinitiativen anzustoßen. Dieses sogenannte Bürgerbegehren wird eingeführt. Jetzt mag die Zahl von 1 Million Menschen, die erforderlich sind, um als Bürger ein solches Begehren einzubringen, hoch klingen, aber wissen Sie,

Kolleginnen und Kollegen, bei 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Europa scheint mir die Zahl 1 Million realistisch und auch praktisch umsetzbar zu sein, erst recht in Zeiten des Internets.

Dritte Aussage: Wir, Politik und Bürger, müssen mehr für Europa tun, indem wir von Bedenkenträgern viel öfter als bisher zu Lösungsbringern werden. Wir sollten uns nicht aus der Verantwortung stehlen, notfalls auch mit einer Avantgarde der Länder, denen das Tempo der künftigen Fortschritte vielleicht zu langsam geht. Auch das ist im Lissabon-Vertrag vorgesehen.

Das Projekt Europa braucht einen neuen An Schub. Dieses Projekt müssen wir kontinuierlich weiterentwickeln. Mit Projekt meine ich eine Vision, ähnlich wie die Vision „nie wieder Krieg“, der alle zustimmen. Wir brauchen die neue Vision für Europa, als da wäre „nie wieder soziale Ausgrenzung, nie wieder gesellschaftliche Diskriminierung“, dafür aber zum Beispiel gesicherte und nicht angetastete Arbeitnehmerrechte. Man könnte die Liste fortsetzen.

Ich rede vom Projekt Europa und nicht etwa vom Produkt Europa. Viele Produkte werden vermarktet, aber wir müssen das Projekt weiterentwickeln. Wir sind auch nicht, Kolleginnen und Kollegen, die Kunden, die das Produkt Europa konsumieren und kaufen, wenn sie Lust haben. Nein, wir sind nicht Kunden, wir sind nicht Verbraucher, sondern wir sind vielmehr Nutzer von Europa, wir sind Teilhaber von Europa. Leider sind wir zu oft stille Teilhaber, die schweigen, wenn Europa kaputtgeredet werden soll. Wir alle haben uns heute bemüht, Beispiele dafür zu bringen, was Europa schon alles an Vorteilen bewirkt hat und was wir uns alle noch an Vorteilen von Europa erhoffen. In diese Einstimmigkeit möchte ich und möchten wir als SP-Fraktion gerne einstimmen. Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, PFF, PJU/PDB, CSP und Ecolo)

DER PRÄSIDENT.- Herr Dr. J. Meyer hat das Wort.

HERR DR. J. MEYER (vom Rednerpult).-Es ist der Vivant-Fraktion nicht möglich, trotz der positiven Punkte, welche die Vorredner aufgezählt haben, an den zentralen Mängeln des Vertragstextes vorbeizuschauen, gravierende Mängel, die bewirken, dass viele überzeugte Europäer und Demokraten in Europa diesen Vertragstext zurückweisen. Mit diesem Text wird das, was in den Mitgliedstaaten noch an demokratischer Kontrolle vorhanden ist, zur Fassade degradiert. Die Artikel 14 und 16 besagen, dass der Rat der Minister, also die Exekutive, als Gesetzgeber tätig wird. Diese Handlungsweise ist ein Skandal! In Artikel 16 der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen steht, „wenn die Trennung der Gewalten aufgehoben wird, öffnet das der Diktatur von Privatinteressen Tür und Tor“.

Auch die in vielen Mitgliedstaaten vorhandene soziale Gerechtigkeit und die Solidarität in Form öffentlicher Dienstleistungen werden weiter abgebaut. In allen europäischen

Mitgliedstaaten werden immer mehr Menschen, selbst bei Vollzeitarbeit, in die Armut oder an den Rand der Armut gedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auf. Das hat die Europäische Union zu verantworten und die Ursachen werden im Lissabon-Vertrag fortgeschrieben. Es wird die zwingende Priorität des Umwelt- und Klimaschutzes auf Jahrzehnte dem Profit der Chemieindustrie, der Gen-Manipulation und der konventionellen Energiewirtschaft geopfert.

Mit einer Zusage zu diesem Vertrag wird als ob ein weiteres großes Stück Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder an die Anteilseigner, sprich an die Millionäre und Milliardäre verkauft. In der Tat können die multinationalen Wirtschaft- und Finanzkonzerne zufrieden sein. Sie haben erreicht, dass in Fragen der Wirtschaft, der Finanzen, des Handels, des Sozialwesens und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der von ihnen verfasste Text in den Lissabon-Vertrag aufgenommen wurde, und dass in diesen Bereichen nur der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs und die

♀
Ministerräte die endgültigen Entscheidungen treffen - Artikel 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union. Alle Beschränkungen der freien Niederlassung von Personen und Gesellschaften und des freien Dienstleistungsverkehrs sind verboten - Artikel 56. So verliert zum Beispiel ein Bekannter von mir, 50 Jahre alt, Computerfachmann, nach langjähriger Tätigkeit nun seinen Arbeitsplatz an einen Rumänen, der preiswerter ist. Herr Servaty, Sie haben sich über den Erfolg Ihrer Partei in Bezug auf die Bolkestein-Richtlinie gefreut. Nur sind leider die Inhalte dieser Richtlinie längst im vorliegenden Vertragswerk untergebracht.

HERR SERVATY (aus dem Saal).-Wir können uns einmal treffen und diskutieren, wie es ausgesehen hätte, wenn es die Bolkestein-Richtlinie ...

HERR DR. J. MEYER (vom Rednerpult).-Herr Präsident, die zehn Sekunden werden mir bitte zu meiner Redezeit hinzugerechnet!

(Zwischenrufe und Gelächter)

DER PRÄSIDENT.- Bitte unterlassen Sie es, den Redner zu unterbrechen!

HERR DR. J. MEYER (vom Rednerpult).-Die Konzerne haben auch erreicht, dass dem Privatsektor das Monopol der Geldschöpfung erhalten bleibt - Artikel 123. Frau Stoffels, Sie setzen sich besonders für die kleinen und mittleren Einkommen in unserer Gesellschaft ein. Aber mit Ihrem Ja für diesen Vertragstext bewirken Sie zum Beispiel, dass Sie selber und alle Ihre Arbeitskolleginnen und Kollegen einen großen Teil Ihres hart verdienten Gehaltes in Form von direkten und indirekten Steuern an den Staat und in Form von hohen Konsumgüterpreisen abgeben müssen. Und zwar nur deshalb in dieser Höhe, weil der souveräne Staat, sozusagen freiwillig, die Geldhoheit abtritt und exponentiell ansteigende Schuldzinsen an die privaten Geldgeber bezahlt.

Die Konzerne haben auch den unbeschränkten Kapitalverkehr und die Möglichkeit

der Nutzung von Steueroasen innerhalb der Europäischen Union erreicht - Artikel 63. Man muss kein Wirtschaftsexperte sein, um zu verstehen, dass es für unsere Wirtschaft nicht gut ist, wenn die Konzerne ihre Milliarden Gewinne ins Ausland transferieren, für reine Finanzgeschäfte und Spekulationen einsetzen oder in Steueroasen horten. Zum Beispiel bietet die KBC-Bank jetzt einen Fonds an, der gute Renditen mit Spekulationen auf Ernten und auf Nahrungsmittel verspricht. Dasselbe im Übrigen die Lebensmittelpreise in die Höhe gehen, wird nicht thematisiert.

In der Außen- und Sicherheitspolitik verspricht der Lissabon-Vertrag, ganz besonders lukrativ für die Konzerne zu werden. Erstens müssen nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Militärausgaben steigern und ihre Waffenarsenale modernisieren Artikel 42. Das ist schon mal gut für die Waffenindustrie. Es wird im Lissabon-Vertrag aber auch festgelegt, dass die Basis der europäischen Sicherheitspolitik weiterhin auf der Mitgliedschaft in der NATO beruht. Deshalb ist es von Interesse, die Kernelemente der neuen NATO-Doktrin, im Internet ohne Weiteres nachzulesen, zu kennen. Drei Elemente sind wesentlich: Die Ausweitung des territorialen Einsatzbereiches der NATO von Nordatlantik-Europa auf die ganze Welt, die Einsatzoptionen ohne das Mandat der UNO und die Festschreibung der Ersteinsatzoption für Nuklearwaffen. Wichtiges strategisches Ziel für die NATO ist die Sicherung der fossilen Energieressourcen im Nahen Osten, im Kaukasusbecken und in Afrika. Das können Sie im Internet nachlesen. Gemäß Artikel 44 des Lissabon-Vertrags kann nunmehr der Rat der Dienste der Interessen der Union an eine Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Aufrechterhaltung der militärischen Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten und die Kriegsoption gegen den Iran bestehen bleiben.

Man erhält eine Vorstellung von den hiermit verbundenen Gewinnpotenzialen für die Konzerne, wenn man berücksichtigt, dass alleine die USA von 1990 bis 2005 500 Milliarden Dollar für die militärische Präsenz im Nahen Osten ausgegeben haben. In dieser Summe sind die verschiedenen Kriege um Öl nicht eingerechnet.

♀

Aber der Sieg des multinationalen Industriekomplexes ist noch wesentlich größer. Denn, wenn schon Milliarden für die Eroberung und die Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten und anderswo ausgegeben werden, dann ist damit gleichzeitig auch erreicht, dass die nuklear-fossile Energieversorgung auf Jahrzehnte die zentrale Säule der Energiebereitstellung bleiben muss. Maximal 20% für die erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2020, heißt mindestens 80% für den atomar-fossilen Sektor. Mit dem Gesetz über erneuerbare Energien in Deutschland drohte die Gefahr, dass die erneuerbaren Energien bereits im Jahr 2016 den Strombedarf in Deutschland zu 100% abdecken würden. Deshalb werden jetzt von Angela Merkel und ihren ministeriellen Mitstreitern in Deutschland die erneuerbaren Energien verdeckt, aber ganz systematisch ausgebremst. Vor dem Hintergrund der

PDG-Debatte.Lissabon-Vertrag.2008

Aussagen der UN-Klimaexperten und angesichts der Tatsache, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen noch immer dramatisch ansteigen, liefert Titel 20, Artikel 191 bis 194 über Umwelt und Klima im Lissabon-Vertrag ein wirklich erschreckendes Armutszeugnis. Der Klimaschutz erhält nicht nur keinen absoluten Vorrang, sondern die Maßnahmen in diesem Bereich werden der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unterstellt, und dies trotz des Stern-Berichts.

Allein dieses Kapitel müsste dazu führen, dass alle Politiker, die sich für Klima- und Umweltbelange einsetzen, diesen Vertragstext zurückweisen. Herr Niessen und auch Herr Jaegers, Sie wissen genauso gut wie ich, wenn wir nicht energisch gegensteuern, wird die Klima katastrophe uns allen unermessliches Leid und die weitgehende Zerstörung der Zivilisation bescheren.

Die NATO-Strategie einer militärischen Sicherung bzw. Eroberung der fossilen Energiequellen ist deshalb eine sowohl friedenspolitische als auch energie- und klimapolitische Katastrophe.

Während der Podiumsdiskussion des BRV am 5. Mai hatten Herr Dehaene, Herr Grosch und andere hervor gehoben, dass man sich mit den jetzt erreichten Fortschritten im Lissabon-Vertrag zufriedengeben müsse; mehr wäre augenblicklich nicht drin. Mit anderen Worten, die Politik reiht sich freiwillig hinter den Interessen der Wirtschaft ein. Dabei werden nicht etwa die Gewinnchancen der kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert - die haben ebenfalls zu leiden -, sondern es profitieren vom Lissabon-Vertrag einzig und allein die multinationalen Konzerne.

Es ist nun nicht so, dass der Vivant-Fraktion aus ihren Reihen keine anderslautenden Signale zugetragen würden. So sagte mir ein Mitglied der Mehrheit vor drei Jahren zum Verfassungsvertrag, der zu 96% identisch mit dem Lissabon-Vertrag ist, ich hätte mit meiner Kritik ja recht, aber ..., und dann schweig er und zuckte mit den Schultern. Ein Mitglied der Opposition kommentierte vor zwei Wochen die Aussage von Herrn Dehousse „wer für Europa ist, der muss gegen den Lissabon-Vertrag sein“ mit den Worten: „Früher, als Herr Dehousse noch Ministerpräsident war, hat er anders gesprochen. Jetzt kann er offen sprechen, weil er nichts mehr zu verlieren hat.“ Ein anderer, hier anwesender Mandatsträger nannte den Lissabon-Vertrag unter vier Augen ein „lupenreines neoliberales Manifest“. Diese Meinung wird er aber, so denke ich, sogar vor seinen eigenen Fraktionsmitgliedern nicht offen vertreten.

Eine sehr aufschlussreiche Bemerkung vor wenigen Tagen aus dem Mund eines Mitglieds der Opposition an mich adressiert: „Ich müsste ja komplett spinnen, wenn ich mir vorstellen würde, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den Lissabon-Vertrag zurückweisen könnte, weil es in diesem Falle dann aus wäre mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“ Vor allem diese letzte Aussage geht mir noch immer nach und ich frage mich, in was für einer Demokratie wir eigentlich leben. Da profitieren in vielen Mitgliedstaaten Europas - in Belgien mag das nicht so ganz zutreffen - die Staatsund

Regierungschefs, die Minister und die Parteiführungen von der Mitgliedschaft in den Führungsgremien der Konzerne und von hohen Parteispenden und Zuwendungen durch die verschiedenen Industriezweige, insbesondere der Energiewirtschaft, der Auto- und Chemieindustrie, den Nahrungsmittelherstellern und den multinationalen Handelsketten und natürlich von den Finanzkonzernen. Und da können die unteren Ebenen der politischen Mandatsträger natürlich keinen Widerspruch gegen die eigene Parteiführung riskieren, ohne dabei die eigene politische Karriere zu

♀

opfern. Die Vivant-Fraktion erkennt, dass den Abgeordneten in den Parlamenten der Mitgliedstaaten also die Hände komplett gebunden sind.

Auch in diesem Parlament ist es sehr beruhigend für das Gewissen, wenn von oben herab oder von früheren Politikergrößen, siehe Herr Dehaene oder Herr Cohn-Bendit, versichert wird, dass man diesen Vertrag annehmen solle, obschon er ja nicht perfekt sei, weil man Geduld haben müsse und nur schrittweise, über die Jahre hinweg ein größeres demokratisches Mitspracherecht in der Europäischen Union erreichen könne. Und sie freuen sich dann selbstverständlich über jede noch so kleine Verbesserung.

Wenn Sie den Lissabon-Vertrag gelesen haben, wissen Sie allerdings, dass Änderungen des Vertragstextes nur über den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und über den Rat der Minister und in Einstimmigkeit erreicht werden können. Dies steht in den Artikeln 48 und 308. Auf Ihre politische Elite können Sie also für zukünftige Abänderungen nicht zählen.

In ganz Europa warnen deshalb Hunderte Rechts- und Sozialexperten, Friedensforscher sowie Professoren verschiedenster Ausrichtungen, allesamt überzeugte Europäer und Demokraten, vor der Annahme dieses Vertragstextes. 15 europäische „ATTAC“-Organisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung den Lissabon-Vertrag zurückgewiesen und zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag aufgestellt.

Wenn man als Privatmann oder -frau einen Vertrag aushandelt und wenn man möchte, dass gewisse Bedingungen geändert werden, dann fordert man diese Abänderungen, bevor man den Vertrag unterschreibt. Sie aber scheinen zu denken, dass man notwendige Änderungen leichter nach der Unterzeichnung erreichen kann. Das ist absurd und tragisch zugleich.

Die anschließende Abstimmung über den Lissabon-Vertrag in diesem Parlament geschieht in Vertretung der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachdem Belgien ja kein Referendum vorsieht. In einem Referendum hätte die Stimmabgabe jeder Bürgerin, jedes Bürgers in der Wahlkabine geheim stattgefunden.

Angesichts der Tragweite dieses Vertragstextes hatte die Vivant-Fraktion deshalb einen geheimen Abstimmungsmodus beantragt, um ganz sicher jede mögliche Einflussnahme der Fraktion oder der

Partei auf den Gewissensentscheid jedes Mitglieds dieses Parlamentes auszuschließen. Wir mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass das aufgrund von Artikel 36 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 nicht möglich ist. Dieses Parlament müsste nun also die Entscheidung über den Lissabon-Vertrag zurückstellen, die Abänderung des Artikels 36 des Sondergesetzes erreichen ... (Zwischenruf) ..., um dann im geheimen Abstimmungsmodus über den Lissabon-Vertrag abstimmen zu können. Das wäre für uns die einzig mögliche verantwortungsbewusste Vorgehensweise.

Ich bin überzeugt, dass jede, jeder von Ihnen ein demokratisches, solidarisches und umweltbewusstes Europa in Vorbildfunktion und in einer Führungsrolle in der Welt wünscht.

FRAU STOFFELS (aus dem Saal).- Auf jeden Fall!

HERR DR. J. MEYER (vom Rednerpult).-Die Vivant-Fraktion sieht es deshalb als ihre Pflicht an, Sie aufzurufen, diesen Vertragstext zurückzuweisen, weil er geschrieben wurde, um den schnellen Profit der Eliten sicherzustellen. Wir rufen dazu auf, dass Sie gleichzeitig die notwendigen Änderungen fordern, sodass mit einem korrigierten Vertragstext auch die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder gesichert wird.

HERR JAEGER (aus dem Saal).-Sie hätten Ihren Parteipräsidenten überzeugen müssen!

♀

HERR DR. J. MEYER (vom Rednerpult).-Sie kennen alle den berühmten Satz eines kanadischen Indianerhäuptlings der Cree. Dieser Satz ist aktueller denn je und er könnte nicht passender direkt an die Macher des Lissabon-Vertrages gerichtet sein: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden die Menschen feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“

(Applaus von Vivant)

HERR JAEGER (aus dem Saal).-Und Ihr Parteipräsident stimmt im Senat für diesen Vertrag!

HERR DR. J. MEYER (aus dem Saal).- Deshalb habe ich mich ja auch mit meinem Parteipräsidenten angelegt !

DER PRÄSIDENT.- Herr Palm hat das Wort.

HERR PALM (vom Rednerpult).- Herr Präsident, meine Damen und Herren in Parlament und Regierung! Wir 25 Mitglieder des Parlaments, Vertreter von etwa 75.000 Menschen in unserer Gemeinschaft, sind heute aufgerufen, unsere Zustimmung zu einem Vertragswerk zu geben, das für ca. 500 Millionen Menschen in 27 Staaten Europas, von Schottland bis zum Schwarzen Meer, von Portugal bis Lappland, von sehr großer Bedeutung ist. Es gibt aber genau wie der europäische Verfassungsvertrag Anlass zu einer großen Kontroverse.

Wir hören viele Stimmen, die zum Teil sehr scharfe Kritik an diesem Vertragswerk üben, es ablehnen und darüber hinaus ein völlig verfehltes „Projekt Europa“ anprangern. Die

diesbezüglichen Stichworte sind heute schon gefallen: Neoliberalismus, schrankenloser Wettbewerb, zu viel Militarismus, zu wenig Soziales, zu wenig Transparenz und das Fehlen einer echten Volksabstimmung. In unseren Augen ist es gut, dass sich viele Stimmen erheben, solange dies ohne Hysterie geschieht, solange dies ohne bewusste oder unbewusste Falschaussagen und Lügen geschieht und solange dies ohne fanatischen und nationalistischen Eifer geschieht, so als ob der Sozialstaat und die Demokratie in Europa unmittelbar vor dem Abgrund stünden.

Auf der anderen Seite gibt es die Befürworter - und die sind hier im Haus Gott sei Dank in der allergrößten Mehrheit -, die sehr wohl wissen: Dieses Vertragswerk ist nicht perfekt, es hat Mängel, aber es ist der zurzeit realpolitisch einzig mögliche Kompromiss und im Vergleich zu der jetzt gültigen Rechtsgrundlage, dem Vertrag von Nizza, in vielen Punkten eine eindeutige Verbesserung. Der Text ist das, was Romano Prodi schon 2005 zu dem damaligen Verfassungstext sagte: „Es ist der beste Text, den wir heute haben.“ Deshalb ist der Lissabon-Vertrag in den Augen der Befürworter unverzichtbar, weil er ohne Alternative ist. Hier liegt die Schwäche jeder Kritik, die keine Alternative aufzeigt. Dieser Vertrag ist die zurzeit einzig mögliche Antwort auf die aktuelle politische Situation, er ist das Ergebnis aus den Lehren der Vergangenheit, aus der Realpolitik von heute im Hinblick auf die Herausforderungen von morgen.

Vor diesem Hintergrund habe ich auch die Aussage unseres Außenministers in der Kammer verstanden, der sagte: „Die Föderalregierung unterbreitet den Abgeordneten den Lissabon-Vertrag in der Hoffnung und im Vertrauen darauf, dass sie dieses Rendezvous mit der Geschichte nicht verpassen und dass sie diesem Vertrag zustimmen, über Parteigrenzen hinaus, weil dies unsere gemeinsame Verantwortung ist.“ Zitat Ende. Deshalb bringt es auch wenig, darauf hinzuweisen, ob die grüne, die rote, die blaue oder welche Farbe auch immer in diesem Vertrag überhand hat.

Auch für uns, die 25 Mitglieder dieses Hauses, ist dies ein Rendezvous mit der Geschichte. Wir müssen uns bewusst sein, ein Nein dieses Hauses würde die Ratifizierung durch den belgischen Staat verhindern und damit das gesamte Werk zu Fall bringen. Deshalb sollten wir in dieser Debatte bescheiden bleiben und uns außerdem bewusst sein, dass gerade wir als Grenzbewohner ein vitales Interesse an einem funktionstüchtigen Europa haben. Der Ministerpräsident hat eben darauf hingewiesen. Seit 60 Jahren nun leben wir in einem grenzenlosen Raum der Freiheit, des Friedens, des

♀
Rechts und eines beispiellosen Wohlstands. Ganz persönlich bin ich als einer, der unmittelbar nach dem Krieg geboren wurde, überzeugt: Es hat wohl noch nie in der gesamten Weltgeschichte irgendwo auf der Welt eine oder, besser gesagt, zwei Generationen gegeben, die dieses Glück hatten.

Dies bedeutet aber keineswegs, dass wir einfach nur aus einer naiven Europabegeisterung zustimmen

sollten. Wir müssen uns ernsthaft und gründlich da mit auseinandersetzen. Ich habe die Pressemitteilung von „Attac DG“ genau gelesen. Sie haben völlig recht, wenn sie uns auffordern, uns mit dem Lissabon-Vertrag auseinanderzusetzen und ihn wirklich zu lesen. Unsere Fraktion begrüßt ausdrücklich die Tatsache, dass sich kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft erheben und auf Mängel und Gefahren hinweisen. Das ist gerade die gesellschaftliche Diskussion, die überall in Europa gebraucht wird und die der Europakritik der Bürger begegnet. Nur ein offener Dialog ohne Schönreden kann die Europamüdigkeit oder vielleicht die Europaablehnung verhindern, aber immer, wohlgeachtet, unter den eben genannten Voraussetzungen.

Wir dürfen nichts schönreden, aber auch nicht mit Populismus, wie wir es eben hörten, die Bürger verdommen. Wir stehen alle vor der großen Herausforderung, den Bürgern diesen Vertrag zu erklären und nahezubringen. Wir müssen, denke ich, einerseits die historische Dimension und das heutige Zukunftsprojekt herausstellen und andererseits auch die konkreten Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen, auf sie eingehen und für Verständnis, Zuversicht und, wenn möglich - das wird schwer sein -, Begeisterung werben.

Einige Worte zu der historischen Dimension. Der Lissabon-Vertrag ist kein Schlussstrich, er ist eine wichtige Etappe, er macht die Europäische Union wieder handlungsfähig und ist sicherlich nicht die letzte Etappe.

Helmut Schmidt schrieb am 9. Juni 2005 in der Zeitung Die Zeit: „Kaum einer der heute lebenden Europäer war jemals freier als heute, kaum einer hat jemals in einem größeren Wohlstand gelebt - eine große Leistung. Dass sich 500 Millionen Europäer, gegliedert in 25 Nationen mit 20 in Jahrhunderten und Jahrtausenden gewachsenen nationalen Sprachen, aus ihrem eigenen freien Willen und frei von fremder Gewalt zu einer Union vereinigt haben, das bleibt in der Weltgeschichte einmalig.“

Der jüdische Wissenschaftler und Diplomat Elie Barnavi, geboren 1946, äußert in dem Interview mit Le Soir vom 11. Februar 2008, folgenden Gedanken: „Nach dem Zweiten Weltkrieg, da haben Menschen einen uralten europäischen Traum wiederbelebt. Diese 60 Jahre europäischer Einigungsprozess beruhen auf 3000 Jahren Geschichte.“

Diese friedliche europäische Revolution wird, so meine ich, heute gar nicht mehr als solche wahrgenommen. Das bisher Erreichte wird oft als ganz natürlich und selbstverständlich angesehen. Dabei ist es das Ergebnis vieler kleiner und großer Schritte. Es gab Fortschritte, Stillstand und Rückschläge. Das wussten schon die Gründungsväter. So sagte Robert Schuman am 9. Mai 1950: „Europa wird nicht auf einen Schlag entstehen und auch nicht durch einen einzigen umfassenden Wurf. Es entsteht durch einzelne, konkrete Schritte, die zuerst einmal praktische Solidarität schaffen.“ Zitat Ende. Wir glauben, dass der Lissabon-Vertrag ein solcher konkreter Schritt ist.

Ich komme zum zweiten Teil, zu den Ängsten und Fragen der Menschen bzw. der

Nichtregierungsorganisationen. Jean-Luc Dehaene hat den Gedanken geäußert, dass sich die Menschen vor zwei großen Themen fürchten. Erstens davor, dass Europa militarisiert wird, und zweitens vor den sozialen Themen wie Verlust unseres Wohlstands, Verlust von Arbeitsplätzen, Delokalisierung und so weiter.

Welche Antworten geben wir darauf? Zu der ersten Befürchtung: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wird an das Völkerrecht gebunden. Man darf nicht einen einzigen Satz oder Artikel aus diesem Vertrag getrennt bewerten, man muss den gesamten Text lesen und im Zusammenhang verstehen. Die Europäische Union bekommt eine dringend notwendige Außen- und

♀ Sicherheitspolitik. An erster Stelle steht das Ziel der Union, ich zitiere, „den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu sichern.“ Zweitens, in ihren Beziehungen zur übrigen Welt leistet sie einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. An erster Stelle stehen die zivilen Möglichkeiten. Das erste Ziel ist Konfliktvermeidung, Friedenserhaltung; das sind keine Kriegs-, sondern Friedensmissionen. Militärmissionen sind nur im Auftrag der Völkergemeinschaft durch ein UNO-Mandat möglich. In diesem Rahmen und nur in diesem Rahmen sind militärische Kräfte auch erforderlich als letztes Mittel. Wer sich gestern die Mühe gemacht hat, sich beim Tag der offenen Tür im Lager Elsenborn umzuschauen, der hat genau das dort gesehen.

Zweitens, zu den sozialen Fragen. Es ist in unserer Medienwelt viel einfacher, die negativen Folgen einer Verlagerung einer Produktionsfirma nach Rumänien mit drastischen Bildern und reißerischen Kommentaren darzustellen, als den Menschen zu erklären, dass die Osterweiterung nachweislich sowohl den östlichen Ländern als auch dem Westen Europas genützt hat. Das hat Jean-Luc Dehaene eindrucksvoll erklärt.

Es ist ebenfalls schwer, den Menschen verständlich zu machen, aber wir müssen es versuchen, dass nur eine starke und handlungsfähige Europäische Union überhaupt in der Lage ist, auch in den globalen Herausforderungen eine entscheidende Rolle zu spielen, ob das die Bekämpfung der Armut auf der ganzen Welt ist oder der Klimaschutz, der sowieso nur global gelöst werden kann. Jean-Luc Dehaene sagte zu Recht, die Europäische Union sei nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Hier gilt wieder dieselbe Bemerkung wie oben, nämlich dass man den ganzen Vertragstext lesen muss. In Artikel 5 ist die soziale Querschnittsklausel verankert. Bei der Durchführung der EU-Politiken gilt als Ziel: ein hohes Beschäftigungsniveau, angemessener sozialer Schutz, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, hohes Niveau an Bildung und Gesundheitsschutz.

Dieser europäische Vertrag gibt einen Rahmen, der durch praktische Politik

ausgefüllt werden muss, auch von den einzelnen Staaten und den Teilgebieten dieser Staaten, und zwar gemäß dieser sozialen Verpflichtung.

Bei der Debatte habe ich ein Beispiel genannt, ich wiederhole es hier. Alle Welt klagt im Moment über die Erhöhung der Strompreise und der Lebensmittelpreise. Bei der Stromrechnung beklagt man die Unleserlichkeit der Rechnung, die Höhe der Summe, das völlige Fehlen jeglicher Kundenfreundlichkeit. Sehr schnell, auch das ist heute gesagt worden, schiebt man entweder dem Stromproduzenten oder aber Europa die Schuld in die Schuhe, wie so vieles, wenn etwas schief läuft. Das stimmt jedoch nur zum Teil. Prüft man seine Stromrechnung genau, stellt man fest, dass von den etwa 700 EUR auf der Rechnung der Produzent 270 EUR erhält - auch darüber ließe sich streiten, aber das ist hier nicht das Thema. Der Rest geht als Zusatzkosten in Form von Gebühren oder Steuern unter den verschiedensten Namen an den Föderalstaat, an die wallonischen Region, an die Interkommunale, das heißt die Gemeinden. Diese Zusatzkosten von 430 EUR gehen nicht auf die Europäische Union und auf den Lissabon-Vertrag zurück. Da braucht man sich nur nach Brüssel, Namür oder an die Gemeinden zu wenden, denn dort kann Sozialpolitik unmittelbar vor Ort gemacht werden. Der Lissabon-Vertrag hindert niemanden daran, Europa hindert niemanden daran. Aber warum geschieht denn nichts? Damit wäre schon eine ganz große Quelle der Unzufriedenheit der Bürger beseitigt.

Ich komme zum Schluss. Wer den Vertrag gelesen hat, wer viele der unendlich vielen Kommentare gelesen hat, wer kann behaupten, bei allen Mängeln und Unvollkommenheiten ist der Lissabon-Vertrag ein wichtiger Schritt. Die Europäische Union wird demokratischer, ich werde aber die einzelnen Punkte nicht noch einmal wiederholen. Sie wird auch demokratischer ohne Volksabstimmung, denn dazu ist dieser Vertrag in seiner Form völlig ungeeignet. Wer für eine Volksabstimmung plädiert, der muss eine konkrete Frage zu einem Thema stellen, aber nicht zu einem solchen überkomplizierten Vertragswerk.

♀

Die Europäische Union wird vor allen Dingen sozialer. Auch das ist hier verschiedentlich erwähnt worden. „Diese zentralen sozialen Ziele sind in keiner anderen Verfassung Europas so intensiv integriert wie in diesem Vertrag.“ Dieses Zitat habe ich von den Grünen im Deutschen Bundestag übernommen.

Die Europäische Union wird handlungsfähig und stärker für die Fragen im Innern, aber auch nach außen. Dieser Vertrag ist in unseren Augen eine Etappe, eine Neubelebung eines wirklichen Dialogs, einer Debatte über den Lissabon-Vertrag und Europa, die überall, auch in den Schulen, nötig und erwünscht ist. Gefragt ist europäisches Denken überall. Gefragt ist eine Politik in der Europäischen Union, aber auch und besonders in den einzelnen Staaten, die effektiv und ehrlich, bürgernah und solidarisch ist, damit, wie Angela Merkel in Aachen sagte, „das Haus Europa

wohlich, sturmfest und gastfreundlich wird.“

Genau in diesem Sinne stimmen wir gerne dem Vertrag offen und nicht in geheimer Abstimmung zu.
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF, SP, CSP und Ecolo)

DER PRÄSIDENT.- Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist keineswegs übertrieben, bei dieser Abstimmung von einer historischen Abstimmung zu sprechen, weniger, weil wir jetzt die Geschicke und den Lauf der Welt entscheidend beeinflussen würden, sondern weil dieser Reformvertrag für die weitere Entwicklung Europas und der Welt von so historischer Bedeutung ist.

Für all diejenigen, die sich tagtäglich mit europäischen Dingen beschäftigen, sei es im Europaparlament, so nehme ich an, oder auch in der Regierung, ist es ein schönes Gefühl zu wissen, dass dieses Engagement von einer sehr breiten Mehrheit dieses demokratisch gewählten Parlaments getragen wird. Hier möchte ich ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Es ist schon wichtig, dass wir in gewissen Dingen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinaus, ein klares Ziel für unseren weiteren Weg vor uns haben. Dazu gehört natürlich unsere Positionierung innerhalb der Weiterentwicklung Belgiens hin zu einem noch besser organisierten Bundesstaat - aber das steht heute nicht zur Debatte und auch ganz evident und wesentlich unsere Einbindung in die weitere europäische Entwicklung. Alle Argumente, die aus verschiedenster Sicht aufgeführt wurden, passen zusammen. Es gibt natürlich Nuancen und es muss auch weiter Meinungsverschiedenheiten geben, nicht nur darüber, wie Europa optimal organisiert wird, sondern auch darüber, was man dann in diesem Europa als optimale Politik zu betreiben hat. Aber das kann man eben nur mit einem funktionierenden Grundlagenvertrag, der die Arbeitsbedingungen an die Erweiterung der Europäischen Union und die neuen internationalen Herausforderungen anpasst. Das tut der Lissabon-Vertrag im Rahmen des Möglichen, denn wie jeder völkerr echtliche Vertrag braucht auch der Vertrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union das Einverständnis aller Beteiligten.

In Zukunft wird es so sein, dass diejenigen, die nicht mehr einverstanden sind, aussteigen können; ein Ausstieg ist zu bedauern, aber im Grunde die logische Konsequenz. Es ist jedoch völlig falsch zu sagen, Europa sei undemokratisch, weil bei den Formulierungen der Rahmenbedingungen alle einverstanden sein müssen. Dies ist vielmehr eine fundamentale Garantie, auf die gerade wir als kleiner europäischer Staat Belgien ganz besonders Wert legen sollten.

Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich auf die geäußerte Kritik nur sehr wenig antworte. Ich habe heute Abend kein einziges, ich wiederhole, kein einziges auch nur

ansatzweise brauchbares
Argument gehört, dass dazu beitragen könnte, auch nur eine Sekunde lang daran zu zweifeln, ob es richtig ist, diesem Vertrag zuzustimmen. Nein, das habe ich nicht gehört. Gehört habe ich wie Sie alle, was uns da gebetsmühlenartig als Kritik vorgetragen wird. Zuerst das bekannte Sammelsurium an

♀

populistischen Argumenten gegen alles, was Politik in Westeuropa irgendwie macht: die Politiker sind alle verkauft an die Interessen des Großkapitals; dann die weltbewegenden Aussagen zur Geldschöpfung als das Ergebnis einer als geheimbündnerischer Klub von Großbanken

funktionierenden Europäischen Zentralbank; schließlich die abenteuerliche Interpretation der Außen-, der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik als Kriegstreiber, die gewissen- und gottlos alle Orte besetzen, wo noch ein paar Gramm Erdöl zu vermuten sind. Das alles kann man den Menschen doch nicht ernsthaft verkaufen wollen. Hier wird er neust mit Argumenten um sich geworfen, die man so einfach nicht ernst nehmen kann. Zur Klarstellung: Die Europäische Zentralbank ist ein offizielles Organ der EU und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bewegt sich auf den Grundlagen der Vereinten Nationen. Ganz besonders perfide finde ich die ständigen Anspielungen darauf, dass die hier Regierenden auch alle irgendwie korrupt wären, wenn auch nicht genauso wie anderswo. Das finde ich eine Schweinerei, Dr. Joseph Maraite ... (Gelächter) ... Dr. Joseph Meyer! Herr Maraite, ich entschuldige mich für den Doktor und auch für das andere!
(Gelächter)

HERR DR. J. MEYER (aus dem Saal).-Herr Ministerpräsident, ich kann meine Argumente mit Zahlen belegen! Zahlen lügen nicht!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Dr. Joseph Meyer, Sie werden sozusagen zur Supertratsch- und Kaffeetante Ostbelgiens, indem Sie als selbsternannter Beichtvater auftreten und dann meinen, ausplaudern zu können, was der eine oder andere Ihnen im strengsten Vertrauen gesagt haben will. Wer gegen den Vertrag stimmt, braucht keine Repressalien zu befürchten. So einen Blödsinn glauben Sie ja wohl selbst nicht!

Nein, heute kann jeder diesem Vertrag in der öffentlichen Sitzung guten Gewissens zustimmen. Er kann auch absolut sicher sein, dass er für die Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder genau die richtige Entscheidung fällt, wenn er diesem Dokument zustimmt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, PFF, PJU/PDB und der CSP)

DER PRÄSIDENT.- Möchte noch jemand etwas zur Replik sagen? Frau Stoffels hat das Wort.

FRAU STOFFELS (aus dem Saal).-Ich bin stolz darauf, dass ich öffentlich über diesen Vertrag abstimmen darf. Das möchte ich einmal ausdrücklich betonen!

DER PRÄSIDENT.- Das freut mich zu hören! ... (Gelächter) ... Gibt es noch Wortmeldungen? Keine

weiteren Wortmeldungen? Die allgemeine Diskussion ist geschlossen.

Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel des Dokumentes 126 ist eröffnet.

Einziges Artikel – Der Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie der Schlussakte, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007, sind uneingeschränkt wirksam.

Wer ist für den Artikel? wer ist dagegen? wer enthält sich der Stimme? Der Artikel ist angenommen.
Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokumentes 126.
Es stimmen mit Ja Frau P. CREUTZ, Herr E. DANNEMARK, Frau E. DUJARDIN, die Herren

A. EVERS, L. JAEGERS, Dr. E. KEUTGEN, E. KLINKENBERG, H.-D. LASCHET, J. MARAITE,
P. MEYER, H. NIESSEN, G. PALM, D. PANKERT, Frau N. REIP, die Herren F. SCHRÖDER,
C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr M. STROUGMAYER, Frau G. THIEMANN,
die Herren R. CHAINEUX und B. COLLAS.
Es stimmen mit Nein die Herren Dr. E. MEYER und Dr. J. MEYER.

♀

Der Dekretentwurf ist mit 22 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

♂